

## A1NEU Präambel

Antragsteller\*innen:

### Text

1 Unterschiedliche Wege in die Zukunft sind nicht nur möglich, sie sind bereits im  
2 Heute  
3 angelegt. Genauso wie der Mensch die Macht hat, die Welt zu zerstören, hat er  
4 auch die  
5 Macht, sie zu einem besseren Ort für alle zu machen. Wir haben es selbst in der  
6 Hand.

7 Politik ist, sich zusammenzutun und für eine bessere Zukunft einzustehen. Als  
8 Partei eint  
9 uns das Wertefundament dieses Grundsatzprogramms, eine geteilte Grundhaltung zu  
10 der Welt,  
11 wie sie ist und wie sie sein könnte. Ein Leben in Würde und Freiheit zu  
12 ermöglichen, heute  
13 wie übermorgen, überall auf diesem Planeten, den wir gemeinsam bewohnen, ist  
14 unser Ziel.

15 So vielfältig, wie wir sein wollen, so offen müssen unsere Arme sein  
16 mitzumachen, zukunftsfähige und nachhaltige Bündnisse  
17 mit Demokrat\*innen zu schmieden. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir  
18 darauf vertrauen, dass unsere Politik  
19 den Unterschied machen kann.

## A2NEU Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Antragsteller\*innen:

### Text

- 20 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und  
21 Freiheit. Jeder  
22 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die  
23 universellen  
24 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.
- 25 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit,  
26 Selbstbestimmung,  
27 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine  
28 solidarische  
29 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung  
30 der Anderen  
31 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.
- 32 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich  
33 nicht nur, sie  
34 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also  
35 Gespräch und  
36 Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine  
37 Widersprüche.  
38 Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder  
39 Regellosigkeit noch in  
40 starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder  
41 konkret  
42 ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von  
43 Politik.
- 44 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen, im Bewusstsein  
45 für das  
46 Gestern und in der Verantwortung für zukünftige Generationen. Ohne Woher kein  
47 Wohin. Wir blicken nach vorne, im Wissen um die geglückten  
48 Erfahrungen und Katastrophen unserer Geschichte. Als Europäer\*innen handeln wir  
49 im  
50 Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der  
51 Bürger- und  
52 Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die  
53 Lehren aus den  
54 Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.
- 55 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als  
56 Bündnispartei, die  
57 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche  
58 Erfahrungen,  
59 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner  
60 Interessen oder  
61 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer  
62 gemeinsamen Vision für  
63 die Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen

64 verschiedenen  
65 Erfahrungen und Ideen Neues.

66 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste  
67 Gesellschaft  
68 demokratisch zu gestalten. Dazu ist Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität,  
69 Vorsorge und  
70 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten. Um Krisen  
71 zu meistern,  
72 braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die allen Bürger\*innen die  
73 gleichen Rechte  
74 und Möglichkeiten gewährt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen  
75 als Stärke  
76 und Wert begreift, die Minderheiten schützt und die Spannungen durch Respekt  
77 ausgleicht. Wir  
78 streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

## 79 Ökologie

80 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für  
81 ein Leben in  
82 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und  
83 fruchtbare Böden  
84 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation.  
85 Eine Politik,  
86 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur  
87 Selbstbestimmung  
88 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des  
89 Anthropozän.  
90 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich  
91 unsere Erde  
92 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

93 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn  
94 wenn wir durch  
95 unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt,  
96 Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres  
97 Ökosystems  
98 und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns  
99 durch  
100 sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der  
101 Menschen so  
102 nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den  
103 Weg in die  
104 ökologische Moderne einschlagen.

105 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt.  
106 Menschen  
107 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns  
108 Menschen, das  
109 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

110 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer  
111 natürlichen  
112 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern  
113 massive  
114 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger  
115 Generationen.

116 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen  
117 Entwicklung  
118 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere  
119 Verpflichtung, ihnen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu  
120 ermöglichen.

121 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft  
122 bestehende  
123 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen  
124 müssen von Frauen  
125 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

126 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten,  
127 die dazu am  
128 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen  
129 sich noch  
130 teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Ökologie  
131 und  
132 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können  
133 ökologische  
134 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische  
135 Politik  
136 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

137 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein  
138 Recht aller  
139 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt  
140 die  
141 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in  
142 den Blick.  
143 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres  
144 Wirtschaftens  
145 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen  
146 zu  
147 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und  
148 das in Zukunft  
149 noch stärker sein werden.

150 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen,  
151 sondern erhöht  
152 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende  
153 Dekarbonisierung unserer  
154 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden  
155 Jahrzehnte erhebliche  
156 Investitionen notwendig sind.

157 (16) Der Weg in die ökologische Zukunft sichert Demokratie und Selbstbestimmung  
158 für heute  
159 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima  
160 schützen: Freiheit  
161 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den  
162 gesellschaftlichen  
163 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

## 164 **Gerechtigkeit**

165 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und  
166 solidarischen  
167 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
168 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist  
169 die  
170 Grundlage für ein gutes Leben.

171 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit  
172 braucht  
173 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe  
174 gewährleistet  
175 und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und  
176 Institutionen die  
177 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft. Jeder  
178 Mensch hat das Recht auf  
179 materielle Sicherheit und soziale Teilhabe sowie ein Leben frei von  
180 existenzieller Not.

181 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am  
182 gesellschaftlichen Leben  
183 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute  
184 Schulen,  
185 Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und Theater, einen gut ausgebauten  
186 öffentlichen  
187 Nahverkehr, Internetversorgung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und  
188 gleichwertige  
189 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der  
190 Individualisierung, in der  
191 sich viele Menschen einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

192 (20) Die Finanzierung dieser gerechten Gesellschaft und einer starken  
193 Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

194 (21) Gute Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein  
195 ganzheitliches und  
196 am Menschen ausgerichtetes Bildungssystem. Das Vertrauen, dass wir die Zukunft  
197 für uns und  
198 die Generationen nach uns bewahren und gestalten können, ist ein notwendiger  
199 Antrieb für  
200 gesellschaftlichen Fortschritt.

201 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.  
202 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu

203 große  
204 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler  
205 der  
206 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und  
207 Steuern  
208 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen  
209 bringen soziale  
210 Verpflichtungen mit sich.

211 (23) Alle Menschen sollen unabhängig unabhängig von geschlechtlicher und  
212 sexueller Identitäten der Gesellschaft teilhaben können.  
213 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang  
214 zu Bildung,  
215 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

216 (24) Wirtschaft dient dem Menschen und nicht andersherum. Soziales und  
217 ökologisches  
218 Wirtschaften schafft, im Rahmen der ökologisch vertretbaren Grenzen, Innovation  
219 und Fortschritt und trägt so zu einer gerechten Gesellschaft  
220 bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen und  
221 die  
222 Konzentration von Macht verhindern. Eine am Gemeinwohlorientierte, sozial-  
223 ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei,  
224 dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden,  
225 Wohlstand  
226 zum Wohle aller und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen, entsteht und die  
227 Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

228 (25) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein  
229 sozial-  
230 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der  
231 Grundlage  
232 von Kooperation und Solidarität beruht.

## 233 Selbstbestimmung

234 (26) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer  
235 Würde. Selbst über das  
236 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen  
237 aus. Politik  
238 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen.  
239 Sie erkennt  
240 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte  
241 Herrschaft.  
242 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine  
243 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft  
244 noch die  
245 Religion oder äußere Merkmale noch das Alter oder die körperliche Verfassung  
246 noch die  
247 sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf haben,  
248 wer

249 dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht  
250 werden.

251 (27) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und  
252 ökologische  
253 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie  
254 Entfaltung braucht  
255 Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle  
256 Selbstbestimmung und  
257 informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.

258 (28) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit,  
259 den Beruf  
260 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen,  
261 gehört dazu.  
262 Jede und jeder hat das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen  
263 und Löhne zu  
264 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial  
265 verpflichtet.

266 (29) In einer Welt, die geprägt ist von steigenden Anforderungen an jede\*n  
267 Einzelne\*n, in der alle immer  
268 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche  
269 geben.  
270 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen  
271 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen.

272 (30) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert  
273 Individuen  
274 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und  
275 Selbstbestimmung  
276 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen  
277 Generationen Freiheit  
278 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche  
279 Verfahren  
280 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.

281 (31) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der Frauen selbstbestimmt  
282 über ihr  
283 Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die Emanzipation von  
284 Verhältnissen der  
285 Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von Frauen, die  
286 global für ihr  
287 Selbstbestimmungsrecht streiten.

288 (32) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf  
289 Förderung ihrer  
290 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe und Bildung. Selbstbestimmung ist nur möglich,  
291 wenn allen  
292 Kindern und Jugendlichen gleiche Entwicklungs- und Teilhabechancen gegeben  
293 werden.

---

## 294 Demokratie

295 (33) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt  
296 von

297 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie  
298 Demokratinnen  
299 und Demokraten. Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter.  
300 Demokratie ist  
301 die Staatsform, die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

302 (34) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert  
303 den Schutz von

304 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen  
305 Rechtsstaates.

306 Sie braucht Bürger\*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer wieder neue  
307 Kraft geben.

308 Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

309 (35) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und  
310 verwandeln

311 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie  
312 braucht

313 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Voraussetzung für die  
314 gleichberechtigte

315 Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und  
316 Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist sogleich an  
317 soziale

318 Voraussetzungen und Solidarität gebunden.

319 (36) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische  
320 Gesellschaft. Der

321 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

322 (37) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer immer  
323 diverser

324 werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und  
325 Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches

326 Wir, das nicht

327 in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt vor  
328 verschiedenen Erfahrungen.

329 (38) Allen geschlechtlichen Identitäten und Orientierungen kommt in der  
330 Demokratie gleiche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht

331 zu. Um Sie an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen,  
332 braucht es

333 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbs- und  
334 Familienarbeit sowie

335 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

336 (39) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische  
337 Meinungsstreit braucht

338 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung,  
339 starke und

340 freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene Auseinandersetzung

341 nach klaren  
342 Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und Parteien, in denen sich  
343 Menschen  
344 zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit Programmen und Haltungen  
345 der  
346 öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

347 (40) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und  
348 repräsentiert  
349 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die  
350 unterschiedlichen  
351 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

352 (41) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf  
353 Transparenz über  
354 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu  
355 starker  
356 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die  
357 Eigenständigkeit und  
358 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

359 (42) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind  
360 konstitutiv  
361 für die Demokratie. Sie sind insbesondere in den Menschenrechtskonventionen der  
362 Vereinten  
363 Nationen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Grundrechtecharta  
364 der  
365 Europäischen Union sowie im Grundgesetz verbindlich garantiert.

366 (43) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel  
367 unserer  
368 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürgerrechte. Er  
369 verpflichtet  
370 zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert  
371 demokratische und  
372 soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine nahbare,  
373 ansprechbare  
374 Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen Bund und  
375 Länder  
376 gemeinsame Verantwortung.

377 (44) Die europäische Integration ist grundlegend – sie zu einer Föderalen  
378 Europäischen  
379 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist  
380 Voraussetzung und Teil  
381 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

## 382 **Frieden**

383 (45) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben  
384 der  
385 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und  
386 die

387 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können  
388 Menschenrechte  
389 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik,  
390 die dem Geist  
391 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

392 (46) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und  
393 Unteilbarkeit der  
394 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder  
395 gegenüber  
396 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem  
397 kulturellen  
398 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten  
399 ist  
400 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als  
401 internationale  
402 Gemeinschaft Verantwortung, gegen Menschenrechtsverletzungen und Völkermord im  
403 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

404 (47) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung von physischer Gewalt,  
405 Frieden mehr als  
406 die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von  
407 Interessen und  
408 die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft  
409 und  
410 europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die  
411 Menschheit  
412 als Ganzes steht, zu bewältigen.

413 (48) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der  
414 Schutz vor  
415 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive  
416 Mädchen- und  
417 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

418 (49) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen  
419 autoritären  
420 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden,  
421 Freiheit,  
422 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und  
423 menschenrechtsorientierter  
424 Politik in der Welt.

425 (50) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser  
426 politisches  
427 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen  
428 Institutionen. Sie soll  
429 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den  
430 gleichberechtigten Zugang  
431 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte  
432 Teilhabe von  
433 Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie es in den

434 Zielen für  
435 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart ist.

### 436 **Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt**

437 (51) Als Bündnispartei einen uns die beschriebenen Grundwerte. Wir sind aus  
438 verschiedenen  
439 Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der  
440 Frauen- und  
441 Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung  
442 sowie der  
443 Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir entwickeln uns seit vier  
444 Jahrzehnten  
445 stetig weiter – neue Menschen und neue Perspektiven kommen hinzu und geben  
446 unseren Werten  
447 und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler\*innen sind vielfältig. Die  
448 Vielfalt  
449 unserer Partei ist unsere politische Stärke.

## A3NEU Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller\*innen:

### Text

#### 450 **Klima und Energie**

451 (52) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt die ökologische Moderne. War der  
452 Fortschritt der  
453 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte seine sozialen  
454 und  
455 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft,  
456 geht es bei der weiteren Entwicklung heute darum, die natürlichen  
457 Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den  
458 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde  
459 und Wohlstand  
460 zu ermöglichen. Je entschiedener und ökologisch nachhaltiger wir handeln, umso  
461 mehr Freiheiten und Alternativen haben  
462 wir in den kommenden Jahrzehnten.

463 (53) In der ökologischen Moderne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die  
464 natürlichen  
465 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch  
466 wieder erneuern  
467 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch  
468 und Konsum.  
469 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob  
470 ihre Folgen  
471 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

472 (54) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht  
473 das Leben an  
474 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und  
475 Tier.  
476 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen  
477 lebensbedrohliche  
478 Ausmaße an. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich  
479 zu verhindern.  
480 Leitlinie ist das Klimaabkommen von Paris, das vorsieht, die Erderhitzung auf  
481 deutlich unter  
482 zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie  
483 möglich  
484 Klimaneutralität erreichen. Deutschland als einem der größten Verursacher von  
485 Treibhausgasen  
486 kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntelgrad weniger Erhitzung  
487 zählt.

488 (55) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie  
489 viele  
490 Treibhausgasemissionen jedes Land noch ausstoßen darf, um den eigenen Anteil am  
491 Pariser

492 Klimaabkommen einzuhalten. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu  
493 handeln.

494 „Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim Klimaschutz nicht. Nur, wenn  
495 substanzielle  
496 Einsparungen schnell erzielt werden, gibt es später noch ausreichend  
497 Handlungsspielraum.

498 (56) Der Übergang zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus allen  
499 fossilen  
500 Ressourcen und damit Dekarbonisierung sind die Schlüsselaufgaben des  
501 Klimaschutzes. Kohle,  
502 Öl und Gas vollständig durch erneuerbare Energien zu ersetzen gelingt nur, wenn  
503 Energie  
504 effizient genutzt und massiv eingespart wird sowie die Sektoren Strom, Wärme,  
505 Verkehr, und  
506 Industrie ineinandergreifen.

507 (57) Technologie kann neben der Einsparung des Energieverbrauchs als Beitrag für  
508 Klimaneutralität dienen. Technologische Lösungen  
509 müssen immer dem Vorsorgeprinzip folgen. Das heißt, dass die Abwägung von Nutzen  
510 und  
511 Schäden, mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe zu berücksichtigen  
512 sind. Sie werden  
513 grundlegende Veränderungen und schnelles Handeln nicht ersetzen, sondern nur  
514 ergänzen  
515 können.

516 (58) Die Digitalisierung leistet einen großen Beitrag für den Klimaschutz. Big-  
517 Data-  
518 Technologien ermöglichen es, eine schwankende erneuerbare Produktion mit dem  
519 Verbrauch eng  
520 zu verzahnen und so den Energiebedarf zu senken. Das Potential der  
521 Digitalisierung für  
522 Ressourceneffizienz, sparsamen Energieverbrauch, Dematerialisierung und  
523 Suffizienz soll  
524 bestmöglich gefördert werden – ohne zugleich massive Rebound-Effekte auszulösen.

525 (59) Erneuerbare sind dezentral in der Erzeugung, aber eine Versorgung mit  
526 Erneuerbaren  
527 Energien wird leichter sicherzustellen sein, je größer der Raum ist. Unser  
528 Kontinent hat die  
529 richtige Größe für die Energiewende. Die europäische Energieunion soll die  
530 verschiedenen  
531 Stärken der Regionen – zum Beispiel Solarenergie im Süden, Geothermie und  
532 Wasserkraft in Skandinavien und  
533 den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Nord- und  
534 Ostsee, Onshore-  
535 Windkraft und Biomasse in ganz Europa – miteinander verbinden.

536 (60) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik. Denn auch im Zeitalter  
537 der  
538 Erneuerbaren wird es Energieimporte geben. Sie hilft den Partnerländern beim  
539 Aufbau der

540 entsprechenden Strukturen und stellt sicher, dass die importierte Energie  
541 nachhaltig und  
542 unter sozial gerechten Bedingungen erzeugt wurde.

543 (61) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar,  
544 zur Atomkraft  
545 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine existenzielle Bedrohung  
546 für Natur,  
547 Mensch und Tier.

548 (62) Es ist Aufgabe in diesem Jahrzehnt, ein Endlager für den hochradioaktiven  
549 Atommüll mit  
550 höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen  
551 Bedingungen zu  
552 finden. Bei der Suche ist die gesamtgesellschaftliche Verantwortung vor  
553 regionale  
554 Eigeninteressen zu stellen.  
555 Politik und Betreiber müssen zu ihrer Verantwortung stehen.  
556 Die Verklappung von Atommüll in den Meeren ist sofort zu stoppen.

## 557 Umwelt und Landwirtschaft

558 (63) Der Verlust an Artenvielfalt ist so dramatisch wie die Klimakrise.  
559 Schlimmer noch: Die  
560 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam  
561 gelöst werden.  
562 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“  
563 zum Gradmesser  
564 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert  
565 das Leben  
566 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen  
567 Landwirtschaft, Schutzgebiete sowie mehr freie Natur an Land und im Meer sind  
568 als wirksamer  
569 Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu betreiben.

570 (64) Das Vordringen des Menschen in die letzten noch nicht zerstörten  
571 natürlichen Gebiete  
572 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr  
573 gefährden  
574 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte  
575 zoonotische  
576 Krankheiten, wie z. B. der Corona - Virus, können fatale gesellschaftliche  
577 Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt  
578 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern.

579 (65) Einen großen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Senkung leistet auch der Wald. Dazu muss die  
580 globale  
581 Entwaldung gestoppt werden und Deutschland muss einen nachhaltigen Waldausbau –  
582 weg von monokulturellen  
583 Holzplantagen hin zu naturnahen Wäldern – leisten.

584 (66) Artenschutz erfordert Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Unser Ziel  
585 ist der  
586 Aufbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen. Die Forschung über die  
587 verschiedenen  
588 Arten und ihr Zusammenspiel im Ökosystem soll gefördert werden, denn geschätzt  
589 sind heute  
590 weniger als ein Viertel aller Arten bekannt und viele vom Aussterben bedroht.  
591 Zum Schutz von Arten gehört es auch, den  
592 Wildtierhandel effektiv zu bekämpfen. Zudem sollen alle Bestände der großen  
593 Naturkundemuseen digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

594 (67) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss auch die Verschmutzung der  
595 Erde mit  
596 Plastik, Müll, Chemikalien und Pestiziden ein Ende haben. Wo immer es möglich  
597 ist müssen Verschmutzungsherde aufgelöst und renaturiert werden. In einer  
598 Kreislaufwirtschaft wird  
599 die Zahl der neu produzierten Waren und Güter minimiert, Produkte werden  
600 langlebiger und  
601 können repariert oder wiederaufbereitet werden. Produktion und Konsum finden so  
602 weit wie  
603 möglich in vollständigen Kreisläufen statt, so dass auch immer weniger  
604 natürliche Ressourcen  
605 verwendet werden müssen.

606 (68) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Statt wachsender  
607 Abhängigkeit von Pestiziden, Weltmärkten, wenigen Großkonzernen und engen  
608 Produktionszwängen  
609 gehört die Zukunft einer modernen, regional verwurzelten Landwirtschaft, die  
610 Erfahrung  
611 mit modernen Techniken und digitalen Lösungen kombiniert. Sie arbeitet  
612 ressourcenschonend,  
613 naturverträglich und tiergerecht. Der Wandel hin zur zukunftsfähigen  
614 Landwirtschaft gelingt  
615 nur zusammen mit den Bäuer\*innen.

616 (69) Die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ist ein hohes Gut. Der  
617 Landwirtschaft gebührt  
618 Anerkennung dafür, dass sie diese gewährleistet. Im Sinne der globalen  
619 Ernährungssouveränität gilt es, nachhaltige, kleinbäuerliche Strukturen zu  
620 stärken und zu fördern. Wir  
621 wollen aber, dass Landwirtinnen und Landwirte einen Ausweg aus dem System des  
622 „Wachse oder Weiche“  
623 erhalten und künftig für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt be- und  
624 entlohnt werden.  
625 Wir machen uns dafür stark die EU - Agrarpolitik grundlegen im Hinblick auf  
626 Tierschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit zu reformieren.

627 (70) Tiere haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten degradiert  
628 werden. Solange  
629 Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre Produkte zu  
630 nutzen, sind  
631 wir verpflichtet, für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl in der Tierhaltung zu  
632 sorgen.

633 Entsprechend ist die Landwirtschaft so zu gestalten, dass entlang den  
634 Bedürfnissen von  
635 Tieren gewirtschaftet werden kann. Es sollen immer weniger Tiere immer besser  
636 gehalten  
637 werden, damit der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln sinkt.

## 638 **Mobilität und Wohnen**

639 (71) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und  
640 Teilhabe und ist  
641 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen  
642 Bedürfnissen  
643 orientieren und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine sozial-ökologische  
644 Mobilitätspolitik schafft die Verkehrswende und garantiert allen Menschen  
645 nachhaltige  
646 Mobilität. Das stärkt die Sicherheit.

647 (72) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft  
648 am  
649 ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt als Prinzip: Schiene stärken,  
650 Straßen  
651 dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt.  
652 Sichere  
653 Infrastruktur für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen sowie ein attraktiver,  
654 kostengünstiger  
655 und verlässlicher Nahverkehr bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen  
656 Mobilität.  
657 Insgesamt wird es deutlich weniger Autos geben, die Autozentrierung von  
658 Verkehrspolitik,  
659 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört  
660 der autofreien  
661 Innenstadt.

662 (73) Sina Die Mobilität in der ökologischen Moderne ist vernetzt und digital.  
663 Verschiedene  
664 Mobilitätsformen greifen nahtlos ineinander und ermöglichen individuelle  
665 Mobilität, ohne ein  
666 eigenes Auto besitzen zu müssen.

667 (74) Sina Gerade im ländlichen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen  
668 weiterhin auf das Auto  
669 angewiesen sein. Dazu muss es jedoch emissionsfrei und digital vernetzt sein.  
670 Nicht mehr das  
671 Parken, sondern das Nutzen steht im Fokus.

672 (75) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer  
673 starken Bahn. Sie  
674 erfordert einen Aus- und Umbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Dazu  
675 gehören die  
676 Anbindung an Regionalzentren auch über Landkreisgrenzen hinweg sowie der Ausbau  
677 des  
678 Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind und Kurzstreckenflüge

679 überflüssig  
680 werden. Die europäischen Großstädte wollen wir durch schnelle transnationale  
681 Bahnverbindungen vernetzen.

682 (76) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen der ökologischen Moderne  
683 wie unter  
684 einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet  
685 Lebensqualität und  
686 macht krank. Durch mehr Flächen für Wohnen und Freizeit, für saubere Luft,  
687 städtisches  
688 Leben, Stadtgrün und Erholung entsteht die lebenswerte Stadt mit kurzen Wegen,  
689 in der die  
690 Menschen gerne wohnen.

691 (77) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies  
692 gelingt, wenn  
693 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden  
694 werden. Dazu  
695 gehören Dächer, die Sonnenstrom und -wärme erzeugen, sowie Gebäude, die  
696 nachhaltig gedämmt sind und die  
697 vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen gemeinsam nutzen.

698 (78) Wohnungen sowie öffentliche und gewerbliche Gebäude sollen CO<sub>2</sub>-neutral  
699 geheizt, gekühlt  
700 und beleuchtet werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten  
701 sowie Wärme-  
702 und Kühlsysteme, die auf erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin  
703 vor.  
704 Nachhaltige und möglichst kreislauffähige Baumaterialien und Dach- und  
705 Gebäudebegrünung schützen das Klima.

## 706 **Soziales und Ökologie**

707 (79) Der Übergang in die ökologische Moderne muss den sozialen Zusammenhalt  
708 stärken. Bei  
709 allen Maßnahmen des Übergangs gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten. Je  
710 schneller  
711 und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den Fossilen angegangen wird,  
712 umso besser  
713 können abrupte Veränderungen vermieden werden.

714 (80) Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass  
715 alle Menschen  
716 Zugang zu lebensnotwendigen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom,  
717 Mobilität und gesunder  
718 Ernährung haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick auf  
719 Preisänderungen angepasst werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es  
720 eine  
721 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben.  
722 Investitionen in  
723 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz  
724 bei.

- 725 (81) Die ökologische Moderne bietet viele Chancen für neue Arbeitsplätze.  
726 Zugleich bedeutet  
727 der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die bisher in den fossilen  
728 Industrien  
729 arbeiten. Es braucht eine vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele  
730 Arbeitsplätze  
731 über den Wandel hin zu grünen Technologien und Produkten zu erhalten.  
732 Gleichzeitig ist es  
733 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen umfassende Möglichkeiten zu  
734 beständiger  
735 Fort- und Weiterbildung oder Arbeitszeitverkürzung zu eröffnen.
- 736 (82) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte  
737 verhindern  
738 den ökologischen Umbau von Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft. Es gilt  
739 daher, diese unverzüglich zu unterbinden.
- 740 (83) Eine Politik, die die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen  
741 abbildet, ist  
742 ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen.  
743 Deswegen gilt es,  
744 Preispolitik immer mit Maßnahmen zu kombinieren, die zu mehr  
745 Verteilungsgerechtigkeit  
746 führen. Indem die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten an die  
747 Bürger\*innen  
748 zurückfließen, werden Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander  
749 verbunden.
- 750 (84) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden.  
751 Dem Staat  
752 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg in die ökologische Moderne nicht  
753 zu gehen,  
754 kostet wesentlich mehr..
- 755 (85) Wohlstand in der ökologischen Moderne definiert sich nicht allein durch  
756 materiellen  
757 Reichtum, sondern meint Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit,  
758 Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelles  
759 Erleben und ein  
760 friedliches Zusammenleben. Dafür ist ein neuer Wohlstandsbegriff zu definieren  
761 und ein anderes  
762 Wirtschaften erforderlich. Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können  
763 ökologische, soziale  
764 und qualitative Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft und Artenvielfalt sind  
765 globale  
766 Gemeingüter, die abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen  
767 zugutekommen.
- 768 (86) Wir brauchen einen Wechsel in unserem Wirtschaftssystem: Die Wirtschaft  
769 dient  
770 den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Viele der heutigen  
771 strukturellen Anreize  
772 zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns vor ökologische Probleme

773 dramatischen  
774 Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische Verteilungskrisen. Gleichzeitig wird  
775 Wachstum in  
776 bestimmten Bereichen auch in Zukunft wichtig sein, um die Lebensbedingungen der  
777 Menschheit  
778 zu verbessern. Doch es geht uns um ein qualitatives Wachstum, das neben  
779 ökonomischen  
780 Kriterien auch soziale und ökologische berücksichtigt.

781 (87) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen  
782 von  
783 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas  
784 investiert, sondern in  
785 Erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und Grüne IT. Der  
786 Staat und die  
787 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten  
788 und ihre  
789 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen orientieren.

790 (88) Der Weg in die ökologische Moderne braucht Pionier\*innen. Menschen, die es  
791 anders  
792 machen wollen, die in ihrem unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln  
793 neue Maßstäbe  
794 setzen. Sie gilt es zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

795 (89) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren  
796 Menschen.  
797 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare  
798 Regeln, fördert  
799 neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen und erneuerbare  
800 Energien.

## Text

### 801 **Sozial-ökologische Marktwirtschaft**

802 (90) Kern der sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist, Wohlstand im Sinne von  
803 Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit neu zu bestimmen.

804 (91) Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das im Sinne einer  
805 sozial-  
806 ökologischen Marktwirtschaft Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als  
807 Mittel zur  
808 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle im Rahmen der planetaren Grenzen  
809 nutzt.

810 (92) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer  
811 Green Deal.  
812 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges  
813 Wirtschaften,  
814 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die  
815 Zukunft. Er  
816 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen  
817 Ausgleich und  
818 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.

819 (93) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen  
820 Wettbewerbs  
821 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt  
822 und innovative  
823 Problemlösungen schaffen.

824 (94) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz,  
825 Innovation und  
826 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind  
827 unverzichtbar, um die  
828 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte  
829 Märkte aber  
830 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen  
831 sicher, dass  
832 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken.

833 (95) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir  
834 wollen es  
835 neu begründen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und handlungsfähigen  
836 Staat und  
837 klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter  
838 öffentlicher  
839 Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer  
840 übergeordnete  
841 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

842 (96) Nur wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der  
843 Märkte nicht  
844 zulasten der natürlichen Lebensgrundlagen. Klimafreundliche Alternativen können  
845 sich dann  
846 durchsetzen.

847 (97) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem Wohlstandsmaß  
848 und einer  
849 neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Sie berücksichtigen neben  
850 ökonomischen auch  
851 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die  
852 zum größten  
853 Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird. Wohlstand ist mehr als Konsum,  
854 nämlich auch  
855 Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit.

856 (98) Wir wollen den Weg ebnen für soziales Unternehmertum, eine Wirtschaft des  
857 Teilens, frei  
858 zugängliches Wissen und Gemeingüter. So wird die Gemeinwohlökonomie gestärkt.

859 (99) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche  
860 Wirtschafts-,  
861 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich  
862 stattfinden. Um  
863 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte  
864 Infrastruktur,  
865 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende  
866 öffentliche  
867 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch  
868 schnellere  
869 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden mit  
870 ausreichendem  
871 Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

872 (100) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und  
873 Institutionen  
874 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des  
875 Rechts, der  
876 Verkehrsinfrastruktur und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und  
877 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und  
878 die kommunale  
879 Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und  
880 Wettbewerb  
881 ausgenommen bleiben.

## 882 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

883 (101) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass  
884 Märkte  
885 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es  
886 ist Aufgabe  
887 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen.

888 (102) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem  
889 Wettbewerb.

890 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von  
891 Unternehmensbeteiligungen,  
892 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge  
893 durch und an

894 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen.

895 Außereuropäische  
896 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische  
897 Infrastruktur und  
898 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

899 (103) Regulierung ist auf ihre Ziele auszurichten. Sie sollte Individuen und  
900 Unternehmen

901 möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen. Es ist  
902 laufend zu

903 überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete  
904 politische Regeln

905 schränken Wettbewerb ein und hemmen wirtschaftliche Entwicklung. Regulierungen  
906 müssen so

907 ausgestaltet sein, dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum

908 Wettbewerbsnachteil für kleine Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen  
909 stattdessen

910 bewirken, dass Machtunterschiede möglichst ausgeglichen werden.

911 (104) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und  
912 Vermitteln

913 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann  
914 die Teilhabe

915 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden,  
916 damit sie

917 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, faire Wettbewerbs- und  
918 Arbeitsbedingungen

919 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa  
920 braucht es

921 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.

922 (105) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu  
923 setzen.

924 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position  
925 als globaler

926 Industriestandort wahren, mit neuen Produkten und guten Arbeitsplätzen. Dazu  
927 braucht es eine

928 aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade  
929 da, wo der

930 Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in  
931 Forschung

932 investieren und Arbeitsplätze sichern.

933 (106) Unternehmer\*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem  
934 wirtschaftlich

935 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des

936 Unternehmens zu

937 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und  
938 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll  
939 mit  
940 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen,  
941 ökologischen und  
942 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.

943 (107) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die  
944 vollständige  
945 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobilindustrie, Chemie  
946 und  
947 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den  
948 vergangenen  
949 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den  
950 Herausforderungen des 21.  
951 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen,  
952 was sie –  
953 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre  
954 Kreativität,  
955 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und  
956 globale  
957 Orientierung.

958 (108) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union  
959 mit dem  
960 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die  
961 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu  
962 bleiben, sich  
963 weniger abhängig von anderen globalen Playern zu machen und zugleich in der noch  
964 weitestgehend unregulierten digitalen Welt Bürgerrechte zu sichern.

965 (109) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben.  
966 In einem  
967 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation,  
968 Digitalisierung,  
969 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer  
970 Rahmensetzung sind die  
971 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien  
972 weiter in  
973 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen  
974 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

975 (110) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und  
976 Erfindungen  
977 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante  
978 Produkte wie  
979 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die  
980 Regionalisierung in  
981 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt  
982 allein kann  
983 das nicht richten.

984 (111) Das freie Unternehmertum, die Gründer\*innen in Start-ups sind die  
985 Treiber\*innen für  
986 Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und  
987 Investitionen  
988 in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen und  
989 kleine  
990 Unternehmen sowie Start-ups europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung,  
991 beim Transfer  
992 von Grundlagenforschung in die Praxis und sorgt für attraktive  
993 Rahmenbedingungen, um die  
994 besten Forscher\*innen, Gründer\*innen und Fachkräfte anzuziehen.

## 995 **Eigentum und Gemeinwohl**

996 (112) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine  
997 sozial-  
998 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es  
999 gesellschaftlich,  
1000 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie  
1001 und  
1002 Marktwirtschaft bedroht.

1003 (113) Das Privateigentum von Boden und Immobilien unterliegt einer besonderen  
1004 Sozialpflichtigkeit. Deshalb sollten Renditen in diesem Bereich begrenzt sein  
1005 sowie Grund  
1006 und Boden, insbesondere in den Großstädten, wieder verstärkt in öffentliches  
1007 Eigentum  
1008 überführt werden.

1009 (114) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine  
1010 stärkere  
1011 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen können unsere  
1012 Wirtschaft zu  
1013 einer Gemeinwohlökonomie weiterentwickeln.

1014 (115) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne  
1015 Kosten  
1016 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und  
1017 Gerechtigkeit.  
1018 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist,  
1019 um  
1020 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie  
1021 möglich soll  
1022 Menschheitswissen werden.

## 1023 **Finanzmärkte und Banken**

1024 (116) Banken und Finanzmärkte haben die Aufgabe, realwirtschaftliche  
1025 Investitionen zu  
1026 finanzieren und Sparer\*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die  
1027 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven

1028 Finanzprodukten zum  
1029 Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum  
1030 sogenannten  
1031 „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und  
1032 nicht  
1033 kurzfristige Spekulation.

1034 (117) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu  
1035 groß, werden  
1036 sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze  
1037 Volkswirtschaft  
1038 in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel  
1039 jederzeit  
1040 möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und  
1041 wirksame  
1042 Haftungsregeln.

1043 (118) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen,  
1044 lokalen  
1045 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht einfache, glasklare Regeln ohne  
1046 Lücken, die  
1047 für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder FinTechs. Kleine Banken, von  
1048 denen keine  
1049 Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und  
1050 überwacht  
1051 werden wie systemrelevante Großbanken.

1052 (119) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn  
1053 Anlagegelder in  
1054 den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, fossile  
1055 Wirtschaft  
1056 fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus  
1057 Investitionen in  
1058 fossile Unternehmen zurückziehen. Für private Anleger muss zu jeder Zeit  
1059 transparent sein,  
1060 worin investiert wird. Es gilt, die Finanzierung von Investitionen in  
1061 Klimaschutz und  
1062 Nachhaltigkeit günstiger zu machen als die Bereitstellung von Kapital für andere  
1063 Zwecke.

## 1064 **Geld- und Fiskalpolitik**

1065 (120) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es,  
1066 ökonomischen  
1067 Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und  
1068 können  
1069 Gesellschaften ins Chaos stürzen.

1070 (121) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung  
1071 der  
1072 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen  
1073 Beitrag

1074 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche  
1075 Krisen zu  
1076 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die  
1077 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als  
1078 auch auf  
1079 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben  
1080 zu nutzen und  
1081 auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden.  
1082 Langfristige  
1083 Schulden tragfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf  
1084 die  
1085 Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

1086 (122) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen  
1087 Europa bei.  
1088 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So  
1089 verschärfen sich  
1090 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und  
1091 Handel, ohne  
1092 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische  
1093 Währungsunion  
1094 zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu  
1095 bringen.

1096 (123) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und  
1097 Fiskalpolitik. Sie  
1098 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren  
1099 und in  
1100 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser  
1101 Haushalt  
1102 muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu  
1103 finanzieren und  
1104 schwere Konjunkturerbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser  
1105 Haushalt auch über  
1106 Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der  
1107 Europäischen  
1108 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein  
1109 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

1110 (124) Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie  
1111 gilt es zu  
1112 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das  
1113 Ziel der  
1114 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte  
1115 die EZB, wie  
1116 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt auch das Ziel der Wohlfahrtsmehrung  
1117 und eines  
1118 hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank  
1119 gesichert  
1120 ist, sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die  
1121 Liquidität der  
1122 Staaten garantiert.

1123 (125) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und  
1124 Vergemeinschaftung von  
1125 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von  
1126 Unternehmensgewinnen.  
1127 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt  
1128 werden. Im Fall  
1129 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion  
1130 müssen die  
1131 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben,  
1132 etwa den  
1133 Defizit- wie auch den Überschusländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau  
1134 aufzuerlegen.

## 1135 **Haushalts- und Steuerpolitik**

1136 (126) Haushaltsmittel gehören allen Bürger\*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam  
1137 umzugehen und  
1138 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf  
1139 effizientem Weg  
1140 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar,  
1141 transparent  
1142 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt  
1143 unerlässlich.

1144 (127) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen  
1145 Regeln für  
1146 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die  
1147 Verbindlichkeiten zu  
1148 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und  
1149 auszubauen.  
1150 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die  
1151 Handlungsspielräume künftiger  
1152 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an  
1153 der  
1154 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und  
1155 die  
1156 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll  
1157 und  
1158 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

1159 (128) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften  
1160 kommen nur  
1161 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die  
1162 Steuerzahler\*innen ergeben.

1163 (129) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.  
1164 Es braucht  
1165 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist  
1166 Grundlage für  
1167 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

- 1168 (130) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt  
1169 neue  
1170 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose  
1171 Einkommen. Das  
1172 Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und aus großen Vermögen  
1173 muss wieder  
1174 erhöht werden.
- 1175 (131) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden.  
1176 Nicht am  
1177 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen  
1178 stärker  
1179 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau  
1180 und soziales  
1181 Engagement begünstigt.
- 1182 (132) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale  
1183 Umsätze  
1184 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische  
1185 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.
- 1186 (133) Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit am Gemeinwohl beteiligen.  
1187 Dafür braucht  
1188 es Transparenz über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der  
1189 Lage ist,  
1190 das Recht durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit,  
1191 Geldwäsche und  
1192 Sozialbetrug sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.

## A5NEU Kapitel 3: Fortschritt gestalten

Antragsteller\*innen:

### Text

#### 1193 **Wissenschaft und Forschung**

1194 (134) Im Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch in seiner Würde und  
1195 Freiheit. Der  
1196 technologische Wandel muss so gestaltet werden, dass er Mensch und Umwelt nützt.

1197 (135) Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Frei denken und  
1198 experimentieren ist Basis  
1199 für neue Ideen und Kreativität. Forschungs- und Erfindungsgeist helfen,  
1200 Transformationen zu  
1201 gestalten. Sie können nur in Freiheit gedeihen und genießen zu Recht besonderen  
1202 Schutz.  
1203 Zukunftsentwürfe müssen sich am Gemeinwohl orientieren und sie müssen mit der  
1204 Gesellschaft  
1205 für die Gesellschaft gestaltet werden. Vielfalt an Wissen und Zugängen  
1206 ermöglicht  
1207 zukunftstaugliche Lösungen bei Krisen.

1208  
1209 (136) Forschungsergebnisse sind zunächst Möglichkeiten. Sie bieten enorme  
1210 gesellschaftliche  
1211 Chancen, tragen aber auch das Risiko, missbraucht zu werden. Technologischer  
1212 Fortschritt ist  
1213 nicht über jeden Zweifel erhaben, sondern unterliegt ethischen Prinzipien wie  
1214 dem  
1215 Vorsorgeprinzip. Das beinhaltet auch die Freiheit, an bestimmten Entwicklungen  
1216 nicht  
1217 weiterzuarbeiten, wenn sie gegen ethische Grundprinzipien verstoßen.

1218 (137) Nur zusammen mit der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns  
1219 liegenden  
1220 Herausforderungen in Angriff nehmen, wie die Wasserknappheit, die Klimakrise,  
1221 Ressourceneffizienz oder Elektromobilität. Wissenschaftlich-technologischer  
1222 Fortschritt hat  
1223 zu vielen globalen Krisen beigetragen und ist zugleich ein Weg, sie zu lösen.

1224 (138) Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, braucht es Forschung –  
1225 nicht nur an  
1226 Technologien, sondern auch zu ihren Risiken und Auswirkungen. Ethische Fragen  
1227 müssen in der  
1228 Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch verhandelt  
1229 werden.  
1230 Wissenschaft kann Politik nicht ersetzen.

1231 (139) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete  
1232 Grundlagenforschung ist neben  
1233 der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher  
1234 Herausforderungen

1235 ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können  
1236 angesichts  
1237 der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu lösen, von  
1238 vornherein  
1239 ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte  
1240 Grundlagenforschung.

1241 (140) Grundlage für das gesellschaftliche Vertrauen in Wissenschaft sind hohe  
1242 Standards  
1243 wissenschaftlicher Arbeit. Wissenschaftliche Ergebnisse und Methoden unterliegen  
1244 der  
1245 Objektivität, Repräsentativität, Validität und der Reproduzierbarkeit. Der freie  
1246 Informationsaustausch, die Überprüfbarkeit von Interessenkonflikten sowie die  
1247 Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sollen Grundprinzipien sein.  
1248 Öffentliche  
1249 Regulierung, beispielsweise zur Zulassung von neuen Präparaten oder Techniken,  
1250 muss auf  
1251 öffentlich kontrollierter und unabhängiger Forschung beruhen.

1252 (141) Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft steht in einem  
1253 Rechenschaftsverhältnis zur Gesellschaft. Deswegen braucht es Transparenz  
1254 darüber, wie  
1255 Forschung finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden.  
1256 Forschungsförderung  
1257 darf nicht allein auf die ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet werden.  
1258 Öffentlich  
1259 finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft im Sinne des Open  
1260 Access zugänglich  
1261 gemacht werden.

1262 (142) Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als unabhängige öffentliche  
1263 Einrichtungen  
1264 für das Entstehen technischer ebenso wie sozialer und geistiger Innovationen  
1265 unabdingbar.  
1266 Das funktioniert nur mit gut finanzierten Hochschulen, die dazu auch unabhängig  
1267 von  
1268 Drittmittelfinanzierung die Möglichkeit bieten.

1269 (143) Hochschulen waren und sind auch ein Ort der kritischen Selbstreflexion  
1270 unserer  
1271 Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt  
1272 frühzeitig  
1273 politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt  
1274 gewinnen gerade  
1275 Geistes- und Sozialwissenschaften sowie interdisziplinäres Arbeiten und Forschen  
1276 an  
1277 Bedeutung.

1278 (144) Wissenschaftler\*innen und Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche  
1279 Freiräume, um  
1280 aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen. Das Studium  
1281 soll  
1282 grundsätzlich gebührenfrei sein. Es braucht die Möglichkeit des von sozialer

1283 Herkunft  
1284 unabhängigen Studierens. Personengruppen und Perspektiven, die bislang in  
1285 Wissenschaft und  
1286 Forschung unterrepräsentiert sind, sollen gezielt eingebunden und gefördert  
1287 werden.  
1288 Forschung braucht Vielfalt an Talenten.

## 1289 Digitalisierung

1290 (145) Digitalisierung kann genutzt werden, um Großartiges zu leisten, aber auch,  
1291 um  
1292 Gesellschaften zu manipulieren bis hin zu digitalen Diktaturen. Sie kann zu  
1293 Engagement  
1294 motivieren und neue Solidarität stiften, aber auch zur Passivität und zur  
1295 Vereinsamung  
1296 führen. Sie hat die Potentiale, das Gesundheitssystem massiv zu entlasten,  
1297 Energie  
1298 einzusparen oder Verkehr effizienter zu lenken. Politik hat die Aufgabe, die  
1299 Digitalisierung  
1300 so zu gestalten, dass sie Freiheitsgrade und Selbstbestimmung verstärkt, statt  
1301 sie  
1302 einzugrenzen. Dazu ist es unerlässlich, neben Technologiefirmen und staatlichen  
1303 Stellen auch  
1304 die Zivilgesellschaft zentral in die Entwicklung und den Ausbau der  
1305 Infrastruktur  
1306 einzubeziehen.

1307 (146) Ein Mensch ohne Privatsphäre ist niemals selbstbestimmt. Informationelle  
1308 Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind zu garantieren.  
1309 Ebenfalls, dass  
1310 Daten im Internet auch wieder gelöscht werden (Recht auf Vergessenwerden).

1311 (147) Jeder Mensch hat ein Recht, sich frei zu informieren und frei zu  
1312 kommunizieren. Die  
1313 digitale Transformation kann allen Individuen mehr Macht verleihen. Sie bringt  
1314 eine neue  
1315 Welle der Aufklärung mit sich. Menschen werden von Nutzer\*innen zu  
1316 Gestalter\*innen. Dabei  
1317 müssen die alten Fragen der Moderne nach Freiheit, Gleichberechtigung, Vernunft  
1318 und Moral  
1319 neu beantwortet werden.

1320 (148) Der Umgang mit Daten muss von klaren Kriterien geleitet sein:  
1321 Nachvollziehbarkeit,  
1322 Transparenz, Nichtdiskriminierung, Schutz von Privatheit und Freiheit im Netz.  
1323 Das bedeutet  
1324 auch, eine angemessene Vergütung für Künstler\*innen und Kulturschaffende  
1325 sicherzustellen.

1326 (149) Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und  
1327 aufzubrechen.  
1328 Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen ihre Daten der

1329 Allgemeinheit

1330 anonymisiert zur Verfügung stellen. Open Source und Open Data sind die  
1331 europäische Antwort,  
1332 um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten wie von Unternehmen  
1333 entgegenzuwirken.

1334 (150) Die Bedeutung von datenverarbeitenden und selbstlernenden Systemen nimmt  
1335 stetig zu.

1336 Sie greifen teils direkt in die Lebenswelt der Menschen ein und treffen eigene  
1337 Entscheidungen. Deshalb braucht es für diese Systeme klare Haftungsregeln.  
1338 Algorithmen, die  
1339 digitale Prozesse steuern, müssen nachvollziehbar sein, damit sie kontrolliert  
1340 werden  
1341 können.

1342 (151) Ethisch-normative Prinzipien dürfen nur von Menschen aufgestellt werden.  
1343 Automatisierte Entscheidungen müssen von natürlichen oder juristischen Personen  
1344 verantwortet  
1345 werden. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nur von Menschen getroffen  
1346 werden, nicht  
1347 von Maschinen und Algorithmen.

1348 (152) Frauen sollen die digitale Welt gleichberechtigt mitgestalten. Es gilt,  
1349 Frauen  
1350 speziell zu fördern und Hemmnisse abzubauen, damit sie sich in digitalen Berufen  
1351 etablieren  
1352 und Vorbilder sein können.

1353 (153) In einer global verflochtenen Welt wird technologischer Wandel effizienter  
1354 durch  
1355 internationale Kooperation. Die Rahmenbedingungen dafür sollten zumindest  
1356 europäisch gesetzt  
1357 werden.

1358 (154) In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen  
1359 und einem  
1360 autoritär gelenkten Fortschritt streben wir eine größere technologische  
1361 Souveränität Europas  
1362 an, damit sich Europas Bürger\*innen auch in einer technisierten Welt mündig,  
1363 aufgeklärt und  
1364 damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für kritische  
1365 Infrastruktur.

1366

1367 (155) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext ausreichend  
1368 finanziert werden.

1369 Das umfasst die Förderung offener Hard- und Software sowie offener Standards.  
1370 Dem Gedanken  
1371 der Demokratie widersprechen Akkumulationen von Märkten, aus denen weltweit  
1372 agierende  
1373 Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.

---

## 1374 Bioethik

1375 (156) Im medizinischen Bereich stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen des  
1376 Handelns

1377 ganz besonders. Vor allem dort, wo durch Veränderungen des Erbguts auch das  
1378 Leben künftiger

1379 Generationen betroffen ist. Eingriffe in die menschliche Keimbahn sollen

1380 ausgeschlossen und

1381 der strenge Embryonenschutz soll beibehalten werden.

1382 (157) In der Medizin braucht es eine vorausschauende Ethik mit klaren Kriterien:

1383 Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung sowie Verantwortung gegenüber den  
1384 nachfolgenden

1385 Generationen. Vorausschauend können zum Beispiel Moratorien sein, um ethische

1386 Grenzfragen

1387 genauer beurteilen sowie Risiken, Gefahren und Auswirkungen auf künftige

1388 Generationen

1389 exakter abschätzen zu können oder Forschungen auch gar nicht durchzuführen. Das

1390 Klonen von

1391 Menschen ist auszuschließen.

1392 (158) Menschen sollen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr

1393 Leben treffen

1394 können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information, damit Vor- und

1395 Nachteile

1396 abgewogen werden können.

1397 (159) Reproduktionsmedizin bietet die Möglichkeit zur selbstbestimmten

1398 Elternschaft. Dabei

1399 müssen Frauen frei von patriarchaler Bevormundung und ökonomischem Druck sein.

1400 Alle Kinder

1401 benötigen einen klaren Rechtsstatus.

1402 (160) Auch wenn die Versprechen der klassischen Gentechnik bis heute nicht

1403 eingelöst sind,

1404 so sind alte und neue gentechnische Verfahren doch in der Welt. Unser Kompass

1405 zum Umgang mit

1406 ihnen ist wie bei jeder Technologie, die Folgen der jeweiligen Anwendung für

1407 Mensch und

1408 Umwelt zu beurteilen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und

1409 Folgen stehen

1410 im Zentrum. Forschung zu neuer Gentechnik soll ebenso gestärkt werden wie

1411 alternative

1412 Ansätze, die auf traditionelle Züchtungsverfahren setzen. Auch bei neuen

1413 gentechnischen

1414 Verfahren braucht es Risikoforschung. Wir halten an einem strengen

1415 Zulassungsverfahren und

1416 an der europäischen Orientierung am Vorsorgeprinzip fest. Es darf keine Patente

1417 auf den

1418 Genpool der Natur geben. Alle Züchtungen von Pflanzen und Tieren sind unter eine

1419 Open-

1420 Source-Lizenz zu stellen, die eine Patentierung ausschließt.

## Text

### 1421 **Einheit**

1422 (161) Offen ist eine Gesellschaft, in der alle Bürger\*innen die gleichen Rechte  
1423 und  
1424 Möglichkeiten haben, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als  
1425 Stärke  
1426 begreift und als Wert verteidigt und den Schutz von Minderheiten gewährt. Die  
1427 offene  
1428 Gesellschaft ist eine gewaltfreie. Ihre Grenzen findet sie in den Rechten und  
1429 Freiheiten der  
1430 Mitmenschen. Die offene Gesellschaft hinterfragt sich, lernt und ist  
1431 selbstkritisch. Sie  
1432 beruht auf Bedingungen, die sie selbst nicht schützen kann. Deshalb sind der  
1433 Schutz und die  
1434 Arbeit für sie eine dauernde politische Aufgabe.

1435 (162) Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind  
1436 gleich. Eine  
1437 vielfältige, diskriminierungsfreie, gleichberechtigte Gesellschaft bedeutet  
1438 demokratischen  
1439 Fortschritt für alle. Sie entwickelt sich stets weiter und handelt permanent die  
1440 Regeln  
1441 ihres Zusammenlebens neu aus. In einer pluralistischen Gesellschaft bilden  
1442 gleichberechtigte  
1443 Individuen aus vielfältigen Perspektiven ein Bündnis für ein gemeinsames Wir zum  
1444 Schutz und  
1445 zur Förderung von Freiheit und Würde.

1446 (163) „Wir“ schließt alle ein, die in unserem Land leben. Wir sind  
1447 unterschiedlich, aber uns  
1448 verbindet Respekt und Akzeptanz allen Menschen gegenüber, unabhängig davon, wie  
1449 sie leben,  
1450 lieben, glauben und aussehen. Das macht den Reichtum unseres „Wirs“ aus.

### 1451 **Stadt und Land, Jung und Alt**

1452 (164) Die regionale Vielfalt, die verschiedenen historischen Erfahrungen und  
1453 unterschiedlichen Lebensstile der Menschen machen Deutschland aus. Auch die  
1454 historische  
1455 Spaltung in Ost und West durch den Kalten Krieg sowie die Verwerfungen nach der  
1456 Wiedervereinigung haben Deutschland geprägt. Unterschiede anzuerkennen, zu  
1457 schützen und  
1458 zugleich den sozialen Zusammenhalt zu stärken ist unsere Verpflichtung. Es ist  
1459 Verantwortung  
1460 des Staates, die Lebensbedingungen in sich ökonomisch und strukturell

1461 unterschiedlich  
1462 entwickelnden Regionen im gesamten Bundesgebiet und auf allen Ebenen  
1463 anzugleichen – etwa im  
1464 Verhältnis von ländlichen Gegenden zu Städten, vom Norden zum Süden, von Ost  
1465 nach West, von  
1466 schrumpfenden zu wachsenden Regionen.

1467 (165) Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist als normative Aufgabe  
1468 wichtig, aber  
1469 immer schwieriger zu definieren. Während in strukturschwachen Regionen oftmals  
1470 staatliche  
1471 Institutionen fehlen, sind dort auf der anderen Seite Mieten günstiger. Die  
1472 Sicherung von  
1473 gleichwertigen Lebensverhältnissen wird nicht durch das gleiche Angebot wie in  
1474 den  
1475 Metropolen zu erreichen sein, wohl aber durch die Schaffung von Voraussetzungen  
1476 für  
1477 kreative, flexible und digitale Lösungen. Wir streben nach einer neuen Politik  
1478 des  
1479 Ausgleichs zwischen ländlichen Räumen und Städten. Dazu wollen wir eine neue  
1480 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“.

1481 (166) Gute und sichere öffentliche Räume und Institutionen sind Voraussetzungen  
1482 dafür, dass  
1483 die Gesellschaft zusammenhält. Damit Sicherheit und Gemeinsamkeit möglich  
1484 werden, garantiert  
1485 der Staat gute Versorgung, Anbindung von ländlichen Regionen und Orte der  
1486 Begegnung. Zur  
1487 Daseinsvorsorge gehören Breitbandversorgung, Ärzt\*innen sowie Krankenhäuser, die  
1488 auch für  
1489 die Dorfbewohner\*innen erreichbar sind, Jugendhäuser, Theater und Orchester in  
1490 den  
1491 ländlichen Regionen, Sportplätze und Schwimmbäder in Stadt und Land. So helfen  
1492 öffentliche  
1493 Räume und Institutionen, Freiheit und Selbstbestimmung zu ermöglichen,  
1494 Chancengleichheit  
1495 herzustellen und Aufstiegschancen zu schaffen. Sie sind mehr als staatliche  
1496 Daseinsvorsorge,  
1497 sie sind ein Zusammenspiel von demokratischer Staatlichkeit und  
1498 bürgerschaftlichem  
1499 Zusammenleben.

1500 (167) Wir wollen bessere regionale Wirtschaftskreisläufe. Sie sind nicht nur  
1501 ökologischer,  
1502 sondern können auch Regionen mit Strukturproblemen helfen. Die regionale  
1503 Wirtschaftsförderung ist so auszurichten, dass regionale Kreisläufe unterstützt  
1504 werden, vor  
1505 Ort eine gute Infrastruktur vorhanden ist und auch ländliche Regionen  
1506 verlässlich an die  
1507 Welt angebunden sind. Dafür braucht es starke regionale Zentren als Ankerpunkte  
1508 in den  
1509 Regionen, die ein breites Angebot an öffentlichen und kulturellen  
1510 Dienstleistungen

1511 vorhalten. Ein Beispiel sind die europäischen Metropolregionen. Bei der  
1512 Ansiedelung von  
1513 Bildungsinstitutionen, Landes- und Bundesbehörden sollen strukturschwache  
1514 Gebiete besonders  
1515 berücksichtigt werden.

1516 (168) Die europäischen Gesellschaften sind geprägt durch demographischen Wandel.  
1517 Bevölkerungsverluste und -zuwächse sind sehr ungleich verteilt, vor allem  
1518 zwischen Stadt und  
1519 Land, und prägen unterschiedliche Identitäten und kulturelle Erfahrungen.  
1520 Gleichwertige  
1521 Lebensverhältnisse herzustellen ist ein Verfassungsgrundsatz und Kernaufgabe  
1522 unserer  
1523 Politik.

1524 (169) Das gute Zusammenleben aller Generationen und Gerechtigkeit zwischen ihnen  
1525 wird in  
1526 einer alternden Gesellschaft zentraler. In ihr braucht es neue Formen des  
1527 Zusammenlebens und  
1528 eine altersgerechte Infrastruktur. Das wirkt Einsamkeit entgegen und stärkt den  
1529 sozialen  
1530 Zusammenhalt.

1531 (170) Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und  
1532 Glücks.  
1533 Deswegen stehen Familien zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes.  
1534 Familie ist  
1535 da, wo Menschen mit dem Ziel der Dauerhaftigkeit Verantwortung füreinander  
1536 übernehmen, sich  
1537 umeinander kümmern und füreinander da sind. Das unterstützen wir, egal ob mit  
1538 oder ohne  
1539 Trauschein, ob alleinerziehend oder mit Partner\*in, ob gleich- oder  
1540 mehrgeschlechtlich, ob  
1541 Patchwork oder in Mehr-Eltern-Konstellationen. Alle Formen sollen rechtlich und  
1542 sozial  
1543 abgesichert sein.

1544 (171) Viele Eltern wollen sich Sorge- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt  
1545 aufteilen. Das wird  
1546 möglich durch ein flächendeckendes Betreuungsangebot, einen Wandel der  
1547 Arbeitswelt sowie  
1548 eine Reduzierung der Arbeitszeit.

1549 (172) Kinder brauchen die Freiheit zu spielen und zu lernen, zu lachen und zu  
1550 weinen, zur  
1551 Freude und zur Wut. Sie haben eigene Rechte. Diese gehören in den Mittelpunkt  
1552 von Politik  
1553 und Gesellschaft und sind im Grundgesetz eigenständig zu garantieren. Das muss  
1554 sich auch in  
1555 der Ausstattung von öffentlichen Räumen und Institutionen sowie der  
1556 Verwirklichung von  
1557 Teilhabe und eigenen Entscheidungen widerspiegeln.

1558 (173) Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besonderen Schutz und eine  
1559 starke  
1560 öffentliche Fürsorge, die über gemeinsame bundesweite Standards für Kitas,  
1561 Schulen,  
1562 Jugendämter und föderale Träger zu garantieren sind. Kinderschutz gehört in alle  
1563 Curricula  
1564 für Jura, Medizin, Erziehungswissenschaften und Polizei. Kinder müssen bei  
1565 Entscheidungen  
1566 gehört, ihre Rechte und ihr Wille im Mittelpunkt stehen. Überall, wo mit Kindern  
1567 umgegangen  
1568 wird, muss Basiswissen über Kindeswohlgefährdung und Missbrauch zur  
1569 Voraussetzung werden.  
1570 Die Fortbildungspflicht für Familienrichter\*innen und die Anforderungen an die  
1571 Qualifikation  
1572 von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln.

1573 (174) Guter, bezahlbarer Wohnraum für alle ist eine öffentliche Aufgabe.  
1574 Wohnraum, Grund und  
1575 Boden dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Das Recht auf Wohnen soll im  
1576 Grundgesetz  
1577 verankert werden. Kein Mensch soll ohne Obdach sein. Auch kleine  
1578 Gewerbetreibende dürfen  
1579 nicht durch steigende Mieten aus ihren Vierteln vertrieben werden. Es braucht  
1580 ein starkes  
1581 Mietrecht, eine gesetzliche Begrenzung der Miethöhe und zum Beispiel eine  
1582 Mietermitbestimmung.

1583 (175) Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, ist ein hoher Bestand an  
1584 öffentlichem und  
1585 sozial gebundenem Wohnraum nötig. Dort, wo viele Menschen zuziehen, muss in  
1586 großem Umfang  
1587 gebaut werden. Wir verpflichten uns zu nachhaltigem Bauen und einer behutsamen  
1588 Nachverdichtung.

1589 (176) Unser Leitbild ist das einer lebendigen, durchmischten und offenen Stadt  
1590 der kurzen  
1591 Wege: Dort leben Junge und Alte sowie Menschen verschiedener Herkunft gern in  
1592 ihren  
1593 Wohnvierteln, haben es nicht weit zur Arbeit und zum nächsten Sportplatz. Der  
1594 demographische  
1595 Wandel bringt neue Formen des Zusammenlebens. Ein ausreichender Bestand an  
1596 barrierefreien  
1597 Wohnungen und Möglichkeiten für ältere Menschen, ein aktives Leben zu führen,  
1598 werden immer  
1599 wichtiger.

1600 (177) Sport verbindet. Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit  
1601 verschiedenen  
1602 Erfahrungen – auf dem Fußballplatz sind alle gleich. In Deutschland engagieren  
1603 sich viele  
1604 Millionen Menschen im Sport – in Vereinen und Organisationen – für Fairness,  
1605 Teamgeist und  
1606 Verantwortung. Im Sport können die Werte einer offenen und solidarischen

1607 Gesellschaft  
1608 vermittelt werden. Der organisierte Sport ist einer der wichtigsten Träger der  
1609 außerschulischen Jugendarbeit und vermittelt Bildung. Diese Strukturen zu  
1610 erhalten und zu  
1611 stärken bedeutet, das friedliche Zusammenleben zu stärken. Auf internationaler  
1612 Ebene leistet  
1613 der Sport einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch und zu gegenseitiger  
1614 Begegnung. Sport  
1615 findet nicht im politischen Vakuum statt. Das bedeutet Verantwortung für den  
1616 Zusammenhalt in  
1617 unserer Gesellschaft, für den Schutz von Menschenrechten, aber genauso als  
1618 wirtschaftlicher  
1619 Akteur und im Kampf gegen Doping.

1620 (178) Privat übernehmen viele Menschen ehrenamtlich Verantwortung für andere,  
1621 sei es in  
1622 Familie und Nachbarschaft oder in Vereinen, Kirchen und Initiativen. Das  
1623 Ehrenamt hat eine  
1624 konstitutive Rolle in unserer Demokratie und für unser Zusammenleben. Dafür  
1625 braucht es Zeit,  
1626 Anerkennung und Förderung, die wir als Gesellschaft bereitstellen müssen.

1627 (179) Viele Menschen sind motiviert, freiwilligen Einsatz für die Gesellschaft  
1628 zu bringen.  
1629 Die bestehenden Freiwilligendienste können zu einem neuen gesellschaftlichen  
1630 Generationenprojekt werden, wenn sie ausgebaut und auch für die Menschen im  
1631 Ruhestand  
1632 geöffnet werden, die ihre Erfahrung und ihr Können weiter einbringen wollen. Ein  
1633 solcher  
1634 „Zivilgesellschaftsdienst“ soll Rentner\*innen wie allen jungen Menschen, die ihn  
1635 ausüben  
1636 wollen, unabhängig vom eigenen Geldbeutel offenstehen.

## 1637 Vielfalt

1638 (180) In der vielfältigen Gesellschaft sind alle Staatsbürger\*innen  
1639 gleichberechtigt – mit  
1640 gleichen Rechten, Zugängen und gleicher Teilhabe. In einer vielfältigen  
1641 Gesellschaft richtet  
1642 sich Zugehörigkeit nicht danach, wo jemand geboren ist, in welchem Stadtteil  
1643 jemand wohnt,  
1644 woher die Eltern kommen oder wie viel sie verdienen, wie jemand aussieht, was  
1645 jemand glaubt  
1646 oder wie der Namen klingt.

1647 (181) Diskriminierung trifft nicht alle gleichermaßen, aber sie geht alle  
1648 gleichermaßen an.  
1649 Eine vielfältige Gesellschaft schützt alle Menschen vor Diskriminierung,  
1650 Rassismus,  
1651 Antisemitismus und Gewalt – im Alltag, ob subtil oder durch gesellschaftliche  
1652 Strukturen und  
1653 öffentliche Institutionen.

1654 (182) Eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft bietet Unterstützung und  
1655 ermöglicht durch  
1656 Zugänge und Teilhabe die Integration von Menschen, die neu zu uns kommen. Das  
1657 ist ein  
1658 wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft verlangt,  
1659 friedlich und  
1660 in gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und die Werte des Grundgesetzes zu  
1661 achten.

1662 (183) Das Staatsbürgerschaftsrecht soll allen Menschen, die hier leben, arbeiten  
1663 oder zur  
1664 Schule gehen, wirkliche Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören die erleichterte und  
1665 beschleunigte Einbürgerung, die Ermöglichung von doppelter Staatsangehörigkeit  
1666 und die  
1667 Ausweitung des Geburtsrechts. Ausländer\*innen, die die Voraussetzungen erfüllen,  
1668 sollen  
1669 möglichst bald Inländer\*innen mit gleichen Rechten und Pflichten werden können.  
1670 Mehrstaatigkeit bildet die Lebensrealität vieler Menschen ab.

1671 (184) Die deutsche Gesellschaft ist religiös und weltanschaulich plural. Wir  
1672 setzen uns für  
1673 die Bewahrung und Durchsetzung der Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen  
1674 ein. Zu einer  
1675 pluralistischen Gesellschaft gehört auch Religionskritik, und zwar inner- wie  
1676 außerhalb der  
1677 Religionsgemeinschaften. Die Wahrung der grundrechtlichen Normen und Werte kann  
1678 durch keine  
1679 Religion relativiert werden.

1680 (185) Die christlichen Kirchen sind Teil und Stütze unserer Gesellschaft. Der  
1681 säkulare Staat  
1682 muss sich am Neutralitätsprinzip ausrichten. Das bedeutet aber nicht ein  
1683 Kooperationsverbot  
1684 zwischen Staat und Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften. Das  
1685 kooperative Modell des  
1686 Staatskirchenrechtes soll zu einem pluralen Religionsverfassungsrecht  
1687 weiterentwickelt  
1688 werden.

1689 (186) Ein aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoa ist  
1690 eine große  
1691 Verantwortung für den deutschen Staat. Jüdinnen und Juden in ihrer  
1692 Selbstentfaltung zu  
1693 unterstützen sowie ihre Sicherheit und die der jüdischen Einrichtungen zu  
1694 gewährleisten ist  
1695 eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft. Sich Antisemitismus in jeder Form  
1696 entgegenzustellen ist die Verpflichtung unseres Rechtsstaates und die immer  
1697 währende Aufgabe  
1698 aller Menschen in Deutschland und in Europa. Das Existenzrecht und die  
1699 Sicherheit Israels  
1700 mit gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar.

1701 (187) Muslimas und Muslime sind nach den Angehörigen der großen christlichen  
1702 Konfessionen  
1703 die größte religiöse Gruppe in diesem Land. Der Islam gehört damit  
1704 selbstverständlich zu  
1705 Deutschland. Moscheen und muslimische Gemeinden müssen vor Bedrohungen und  
1706 Angriffen  
1707 geschützt, die Sicherheit von Muslimas und Muslimen muss gewährleistet werden.  
1708 Antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.  
1709 Wir  
1710 unterstützen das Anliegen vieler Muslimas und Muslime, mittelfristig anerkannte  
1711 und  
1712 gleichberechtigte Religionsgemeinschaft(en) im Sinne und nach den Regeln des  
1713 Grundgesetzes  
1714 bilden zu können, und befürworten Staatsverträge mit islamischen  
1715 Religionsgemeinschaften.

1716 (188) Menschen mit Romno-Hintergrund sind die größte Minderheit in Europa. Sie  
1717 sind Teil der  
1718 europäischen Geschichte und Gegenwart seit mehr als 600 Jahren, auch in  
1719 Deutschland.  
1720 Menschen mit Romno-Hintergrund werden oft als homogene Gruppe wahrgenommen. Sie  
1721 werden mit  
1722 stereotypen, stigmatisierenden Eigenschaften beschrieben, die zu massiver  
1723 Diskriminierung in  
1724 Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Gesundheit führen. Kultur und  
1725 Sprache der  
1726 nationalen Minderheit der Sinti und Roma sind vom Staat zu schützen und zu  
1727 fördern.

1728 (189) Das Bewusstsein für die Singularität der Verbrechen des  
1729 Nationalsozialismus als  
1730 universelle Mahnung an die gesamte Menschheit und die daraus folgende  
1731 historische  
1732 Verantwortung wachzuhalten ist vordringliche Aufgabe deutscher  
1733 Erinnerungskultur. Es kann  
1734 keinen Schlussstrich geben.

1735 (190) In einer erweiterten Erinnerungskultur mit globaler Perspektive sollten  
1736 sich die  
1737 unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Menschen widerspiegeln, die nach  
1738 Deutschland  
1739 eingewandert sind und hier leben. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit  
1740 ist  
1741 Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Schwarze Menschen frei von Rassismus  
1742 leben  
1743 können, und sollte selbstverständlicher Teil der Erinnerungskultur sein.

1744 (191) Inklusion ist ein Menschenrecht. In einer inklusiven Gesellschaft können  
1745 alle Menschen  
1746 ohne Angst in ihren Eigenschaften und Lebensformen verschieden sein. Die Rechte  
1747 von Menschen  
1748 mit Behinderung müssen umfassend gewahrt, geschützt und realisiert werden. Wir  
1749 streben

1750 Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen an. Sicherung der  
1751 Selbstbestimmung  
1752 und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe genießen dabei Priorität.

## 1753 **Feminismus und Geschlechtergleichstellung**

1754 (192) Feminismus ist sowohl die Vision einer gleichberechtigten Gesellschaft als  
1755 auch der  
1756 Weg dorthin. Er verspricht, echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen  
1757 einzulösen –  
1758 rechtlich, kulturell und ökonomisch.

1759 (193) Eine Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe für alle Geschlechter  
1760 Wirklichkeit ist,  
1761 schützt und stärkt die Rechte aller Frauen in ihrer Unterschiedlichkeit und  
1762 unabhängig von  
1763 Herkunft, Alter, Religion, Behinderung, Sexualität oder Klasse. Deshalb  
1764 verfolgen wir einen  
1765 Feminismus, der verschiedene Diskriminierungsformen auch in ihrer Verschränkung  
1766 erkennt und  
1767 an ihrer Beseitigung arbeitet.

1768 (194) Gesellschaftlich vorgegebene Rollenzwänge führen zu ungleichen Chancen und  
1769 häufig zu  
1770 individuellem Leid. Sexismus behindert Frauen im Job, in der Schule, in der Uni,  
1771 vor  
1772 Gericht, im Privatleben, in den Medien, im Internet. Auch Männer profitieren von  
1773 der  
1774 Überwindung feststehender Geschlechterrollen. Gemeinsam schaffen wir eine  
1775 Gesellschaft, in  
1776 der alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern leben können.

1777 (195) Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das eigene  
1778 Leben muss für  
1779 Frauen und Mädchen uneingeschränkt gelten. Dieses Recht zu realisieren ist Teil  
1780 einer guten  
1781 Gesundheitsversorgung. Schwangerschaftsabbrüche haben nichts im Strafgesetzbuch  
1782 verloren.  
1783 Intergeschlechtliche- und transsexuelle Menschen haben ausschließlich selbst das  
1784 Recht, ihr  
1785 Geschlecht zu definieren.

1786 (196) Frauen sollen in allen Bereichen der Gesellschaft mitbestimmen und  
1787 Verantwortung  
1788 übernehmen können. Gleichberechtigung bedeutet nicht nur, aber auch mehr Frauen  
1789 in  
1790 Führungspositionen – in der Politik, in der Zivilgesellschaft und in der  
1791 Wirtschaft. Wo  
1792 freiwillige Selbstverpflichtung nicht hilft, sind Quoten ein wichtiges  
1793 Instrument für mehr  
1794 Parität. Sie zielen dabei immer auf eine Welt, in der sie sich selbst  
1795 überflüssig machen.

1796 (197) Eine offene Gesellschaft ist eine der Geschlechtervielfalt, in der alle  
1797 Menschen ohne  
1798 Angst verschieden sein können. Freiheit und Würde bedeuten, sich einem  
1799 Geschlecht zuordnen  
1800 zu können oder auch nicht. Und es bedeutet, die eigene sexuelle Identität  
1801 selbstbestimmt zu  
1802 finden. Freiheit und Würde bedeuten auch, gemäß der eigenen sexuellen  
1803 Orientierung die  
1804 Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür  
1805 jeweils die  
1806 gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Antiquere, homo-  
1807 und  
1808 transphobe Ressentiments und Diskriminierung sowie Angriffe auf Lesben, Schwule,  
1809 Bi-, Trans-  
1810 und Intersexuelle, Transgender oder Queers sind menschenrechtliche Verstöße und  
1811 müssen von  
1812 der gesamten Gesellschaft klar zurückgewiesen werden.

## 1813 **Kunst und Kultur**

1814 (198) Kunst ist frei. Kunst dient niemandem. Kunst gehört niemandem exklusiv.  
1815 Sie ist  
1816 vielfältig und deutungsoffen und nie homogen. Kunst und Kultur lassen aus dem  
1817 Zusammenspiel  
1818 unterschiedlichster Einflüsse und Zusammenhänge Neues entstehen und sind so  
1819 Motor  
1820 gesellschaftlicher Entwicklung. Wir schützen die Freiheit der Kunst und wenden  
1821 uns dagegen,  
1822 Kunst und Kultur vereinheitlichen, ethnisch oder sozial abgrenzen zu wollen oder  
1823 alleinige  
1824 Deutungshoheit über sie zu beanspruchen.

1825 (199) Freie Kunst und Kultur sind eine Grundlage für Demokratie und friedliches  
1826 Zusammenleben. Sie sind Ausdruck und Anlass individueller und gesellschaftlicher  
1827 Reflexion,  
1828 persönlichen und kollektiven Erkenntnisgewinns sowie persönlicher und  
1829 kollektiver  
1830 Entwicklung. Kulturelle Vielfalt zu fördern und zu schützen ist wichtige Aufgabe  
1831 in der  
1832 offenen Gesellschaft. Der Zugang zu und Teilhabe an Kunst und Kultur muss für  
1833 alle gleich  
1834 gewährleistet sein. Das gilt für kulturelle Bildung genauso wie für  
1835 Kulturinstitutionen,  
1836 Kulturvereine und Kulturgüter. Deshalb brauchen Kunst und Kultur öffentliche  
1837 Förderung.

1838 (200) Deutschlands Kolonialvergangenheit ist auch im Kulturbereich wenig  
1839 aufgearbeitet. Der  
1840 Schlüssel dafür sind eine umfängliche Forschung über die Herkunft von  
1841 Kunstobjekten und der  
1842 transparente Umgang mit den Sammlungen deutscher Museen, der in einem aktiven

1843 Austausch mit  
1844 den betroffenen Gesellschaften mündet. Dazu gehört auch die Rückgabe von  
1845 entwendeten  
1846 Kulturgütern aus kolonialen Kontexten. Der auswärtigen Kultur- und  
1847 Bildungspolitik kommt in  
1848 diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als Brücke in die Zivilgesellschaften  
1849 der Welt zu.

## 1850 **Gesundheit und Pflege**

1851 (201) Oberste Aufgabe jeder Gesundheitspolitik ist es, die Würde der und des  
1852 Einzelnen auch  
1853 in Krankheitsfällen, Notfällen und Ausnahmesituationen zu wahren und  
1854 gleichzeitig  
1855 Krankheiten und Gesundheitsrisiken vorzubeugen. Gesundheit und Pflege sind  
1856 zentrale Pfeiler  
1857 der Daseinsvorsorge. Es ist öffentliche Aufgabe, jedem Menschen, unabhängig von  
1858 Alter,  
1859 Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage oder etwaiger Behinderung sowie  
1860 vom Wohnort,  
1861 Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung zu garantieren. Die  
1862 Versorgung muss dem  
1863 Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen, den medizinischen  
1864 Fortschritt  
1865 berücksichtigen und auch den Bedarfen von besonders verletzlichen  
1866 Personengruppen gerecht  
1867 werden.

1868 (202) In der global vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts ist spätestens seit der  
1869 Corona-  
1870 Krise klar, dass moderne Gesundheitssysteme für alle unverzichtbar sind.  
1871 Gesundheit ist ein  
1872 globales Gemeingut. Internationale und solidarische Kooperation bei  
1873 Gesundheitsforschung und  
1874 dem Aufbau guter Gesundheitssysteme ist eine gemeinsame Aufgabe der  
1875 Weltgemeinschaft. Es  
1876 braucht weltweit eine Versorgungssicherheit mit zentralen Arzneimitteln und  
1877 Materialien. Sie  
1878 müssen auch in Europa produziert werden.

1879 (203) Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Sie muss dem Menschen und  
1880 der  
1881 Allgemeinheit zugutekommen und dient nicht dem Zweck, hohe Renditen zu erzielen.  
1882 Öffentliches und beitragsfinanziertes Geld muss im System bleiben. Der Trend zur  
1883 Privatisierung im Krankenhausbereich muss gestoppt werden. Bei privaten Kliniken  
1884 und  
1885 Pflegeheimen sollen Gewinnausschüttungen gesetzlich beschränkt werden.  
1886 Gesundheitssysteme,  
1887 die sich auf den Markt verlassen, sind teuer und ineffizient.

1888 (204) Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten eine gute Gesundheitsversorgung  
1889 in der Stadt

1890 und auf dem Land. Jeder Mensch muss Zugang zu medizinischer Hilfe haben, egal wo  
1891 er lebt.  
1892 Dafür müssen aber nicht alle Kliniken dieselbe Leistung anbieten. Durch ein  
1893 Stufenmodell von  
1894 der Basisversorgung bis hin zu Spezialkliniken kann die Versorgung im ländlichen  
1895 Raum  
1896 gestärkt und zeitgleich eine gute Qualität bei allen Behandlungen sichergestellt  
1897 werden.

1898 (205) Nur ein gut finanziertes Gesundheitssystem kann die Würde der  
1899 Patient\*innen und die  
1900 Rechte der Beschäftigten gleichermaßen schützen. Die Kommerzialisierung des  
1901 Gesundheitswesens hat zu Fehlanreizen, erzwungener Kostenersparnis zulasten der  
1902 Versorgungssicherheit und zu einer falschen Verteilung von Geldern geführt. Die  
1903 Krankenhausfinanzierung muss neu gedacht und im Sinne der Versorgungssicherheit  
1904 und -  
1905 qualität auf die Fläche, auf eine gute Bezahlung für Beschäftigte, auf Vorsorge  
1906 und auf  
1907 Krisenresilienz ausgerichtet werden. Kliniken sollen nicht nur nach erbrachter  
1908 Leistung,  
1909 sondern nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür müssen  
1910 die  
1911 Fallpauschalen reformiert und um eine strukturelle Finanzierung ergänzt werden.  
1912 Die Planung  
1913 im Gesundheitssystem soll gestärkt werden und sektorenübergreifend erfolgen. Das  
1914 bedeutet,  
1915 dass stationäre und ambulante Versorgung zusammen gedacht und finanziert werden.

1916 (206) Eine bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit über alle  
1917 Berufsgruppen  
1918 hinweg, wie sie zum Beispiel in Gesundheitszentren stattfindet, ist notwendig,  
1919 um den  
1920 Bedarfen der Patient\*innen in einer älter werdenden Gesellschaft besser gerecht  
1921 zu werden.  
1922 Eine gut abgestimmte integrierte Versorgung, in der Ärzt\*innen, Pflegekräfte und  
1923 andere  
1924 Heilberufe sowie ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst Hand in  
1925 Hand  
1926 zusammenarbeiten, muss darum zur Regel werden. Dabei helfen eine umfassende  
1927 Versorgungsplanung, Gesundheitsberichterstattung und eine Stärkung der  
1928 Gesundheits- und  
1929 Versorgungsforschung. Heilmittelerbringer\*innen und gesundheitsnahe Berufe sind  
1930 ein  
1931 essenzieller Teil unseres Gesundheitssystems und müssen finanziell besser  
1932 abgesichert  
1933 werden. Eine Stärkung der professionellen Pflege ist Voraussetzung für ein gutes  
1934 Versorgungsnetz in der Fläche. Dafür braucht es eine Aufwertung und Ausweitung  
1935 der  
1936 Kompetenzen in Gesundheits- und Pflegefachberufen.

1937 (207) Gute Gesundheit und Pflege gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen.  
1938 Altenpfleger\*innen, Krankenpfleger\*innen oder Hebammen und Geburtshelfer sind  
1939 das Rückgrat

1940 unserer Gesellschaft. In diesem Arbeitsbereich droht permanent die Gefahr von  
1941 Überlastung  
1942 und Überarbeitung. Sich um andere zu kümmern darf nicht krank machen. Es braucht  
1943 mehr  
1944 Personal, mehr Lohn und mehr Zeit. Der Staat trägt hier auch aufgrund des im  
1945 Grundgesetz  
1946 festgeschriebenen Sozialstaatsgebots eine besondere Verantwortung.

1947 (208) Die Digitalisierung und Automatisierung kann helfen, den Fachkräftemangel  
1948 im  
1949 Gesundheitswesen zu bekämpfen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mithilfe der  
1950 Koordinierung und des Abgleichs von Kapazitäten und der Übernahme von  
1951 unterstützenden  
1952 Tätigkeiten durch Robotik und digitale Hilfsmittel kann mehr Zeit für die  
1953 persönliche Arbeit  
1954 mit Patient\*innen gewonnen werden.

1955 (209) Solidarisch finanziert können die Herausforderungen der älter werdenden  
1956 Gesellschaft  
1957 und die Kosten des medizinischen Fortschritts am besten bewältigt werden. Indem  
1958 alle  
1959 Bevölkerungsgruppen in die Finanzierung über eine Bürgerversicherung einbezogen  
1960 werden,  
1961 können wir die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestalten. Gesundheit  
1962 und Pflege  
1963 muss allen Menschen gleich zur Verfügung stehen. Es darf keinen Unterschied beim  
1964 Zugang nach  
1965 Einkommen oder Versicherungsstatus geben.

1966 (210) Gute Gesundheitspolitik bedeutet die Vermeidung von Erkrankungen und von  
1967 Pflegebedürftigkeit. Prävention und Gesundheitsförderung sind deshalb  
1968 Querschnittsaufgaben,  
1969 die in allen Politikbereichen verfolgt werden müssen. Prekäre Lebensverhältnisse  
1970 machen in  
1971 vielen Fällen krank. Menschen, die in Armut leben, haben eine höhere  
1972 Wahrscheinlichkeit zu  
1973 erkranken und oft einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Eine gute  
1974 Sozialpolitik  
1975 ist Teil einer umfassenden Gesundheitsvorsorge.

1976 (211) Menschen sind immer Menschen, niemals „Fälle“, egal ob gesund, krank,  
1977 pflegebedürftig  
1978 oder eingeschränkt. Patient\*innen sind Akteur\*innen mit starken Rechten. Für  
1979 Patient\*innen  
1980 müssen ihre eigenen Gesundheitsdaten jederzeit zugänglich sein und durch strenge  
1981 Datenschutzstandards gesichert werden. Gesundheitsbildung und unabhängige  
1982 Gesundheitsberatung sollen zu einem festen Bestandteil unseres  
1983 Gesundheitssystems werden.

1984 (212) Die digitale Verfügbarkeit von Patient\*innen-Daten und Infektionswegen  
1985 kann  
1986 Bürger\*innen-Rechte nicht nur schützen, sondern auch sichern. Die Chancen der  
1987 Digitalisierung gilt es sowohl bei der Organisation der Gesundheitsversorgung,

1988 im  
1989 Pflegebereich als auch bei der Verwaltung von Gesundheitsdaten und bei der  
1990 individuellen  
1991 Prävention zu nutzen. So wird auch in Zeiten des demographischen Wandels ein  
1992 zukunftsfähiges  
1993 Gesundheitssystem erhalten. Aufgrund der Sensibilität von Gesundheitsdaten kommt  
1994 dem  
1995 Datenschutz dabei eine herausragende Rolle zu. Gerade deshalb sollte die  
1996 Infrastruktur von  
1997 staatlicher Seite und nicht von privaten Drittanbietern zur Verfügung gestellt  
1998 werden.  
1999 Deshalb sollen die Gesundheitsdaten inklusive der Patient\*innen-Daten unter  
2000 Wahrung höchster  
2001 Datenschutzstandards digital erfasst werden.

2002 (213) Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen zumeist in ihrem gewohnten  
2003 Umfeld  
2004 bleiben. Eine dezentrale Pflegestruktur, bei der die Wünsche, die  
2005 Selbstbestimmung und  
2006 Selbstständigkeit der Betroffenen im Mittelpunkt stehen, ist dafür der beste  
2007 Weg. Wir  
2008 streben einen Sozialstaat an, der gute und inklusive Institutionen der Pflege  
2009 und Betreuung  
2010 für alle zur Verfügung stellt.

2011 (214) Leistungen, die medizinisch notwendig sind und deren Wirksamkeit  
2012 wissenschaftlich  
2013 erwiesen ist, müssen von der Solidargemeinschaft übernommen werden. Medikamente,  
2014 die der  
2015 Gesellschaft insgesamt dienen, dürfen nicht patentiert sein.

2016 (215) Die Versorgung mit Hebammen und Geburtshelfern, Geburtshäusern und  
2017 Kreißsälen muss in  
2018 ländlichen Regionen genauso gesichert sein wie in Städten. Die reproduktive  
2019 Selbstbestimmung  
2020 muss gewährleistet sein, das bedeutet den kostenfreien Zugang zu  
2021 Verhütungsmitteln und die  
2022 Sicherstellung von ärztlich vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen. Das ist ein  
2023 wichtiger  
2024 Teil der Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung von Frauen.

2025 (216) Statt einer Kriminalisierung von Süchtigen setzen wir auf Prävention,  
2026 Entkriminalisierung und passgenaue Hilfsangebote. Cannabis sollte legalisiert  
2027 werden. Eine  
2028 kontrollierte Abgabe von Suchtmitteln und eine an den gesundheitlichen Risiken  
2029 orientierte  
2030 Regulierung sind der richtige Weg für wirksamen Jugendschutz, zur Verhinderung  
2031 von  
2032 Drogentoten und um kriminelle Strukturen und Ursachen für Drogenkriege  
2033 trocken zulegen.

## A7NEU Kapitel 5: Demokratie stärken

Antragsteller\*innen:

### Text

#### 2034 Rechte und Zugänge

2035 (217) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige  
2036 Demokratie  
2037 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen  
2038 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen  
2039 Staates sind  
2040 die Staatsbürger\*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte  
2041 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar,  
2042 sondern  
2043 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.

2044 (218) Staatlich garantierte Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und  
2045 Daseinsvorsorge, die  
2046 Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang zu Bildung und  
2047 öffentlicher Meinungs-  
2048 und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit für politische  
2049 Beteiligung gehören zu  
2050 einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.

2051 (219) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen  
2052 oder  
2053 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die globalen Auswirkungen in  
2054 Entscheidungsprozessen  
2055 immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale  
2056 demokratische  
2057 Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer  
2058 globaler  
2059 Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale  
2060 Herausforderungen geben.  
2061 Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu stärken,  
2062 soll sich die  
2063 EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.

2064 (220) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann  
2065 jeder Mensch  
2066 seine Meinung frei äußern und jede\*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung  
2067 aushalten. Hass  
2068 und Hetze sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.

2069 (221) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat\*innen. Die Freiräume einer starken  
2070 und  
2071 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne  
2072 ehrenamtliches Engagement würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren.  
2073 Demokratie lebt von  
2074 Menschen, die sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in  
2075 Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs,

2076 Gewerkschaften und Unternehmen, bei Demonstrationen, im Sportverein und in  
2077 Bewegungen.

2078 Solches Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft  
2079 zusammenhält,  
2080 deshalb muss Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich abgesichert werden.

2081 (222) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in  
2082 einer  
2083 lebendigen Demokratie.

2084 (223) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre  
2085 Weiterentwicklung. Es  
2086 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren  
2087 entgegenzuwirken, um die  
2088 Demokratie lebendig zu halten. Durch Offenheit für neue  
2089 Beteiligungsmöglichkeiten wird  
2090 Vertrauensverlusten und einer einseitigen Interessenslage in demokratischen  
2091 Prozessen  
2092 entgegengewirkt.

2093 (224) Repräsentationsdefizite machen die parlamentarische Demokratie angreifbar.  
2094 Ein  
2095 demokratisches Miteinander muss die Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer  
2096 wieder neu  
2097 schaffen und Ausschlüssen und Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen  
2098 entgegenwirken. Eine vielfältige Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen  
2099 Institutionen und Einrichtungen abbilden.

2100 (225) Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie. Frauen sollen an allen  
2101 demokratischen  
2102 Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und  
2103 gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. Voraussetzung hierfür sind  
2104 Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie Familien-,  
2105 gesellschaftliche und  
2106 politische Arbeit zu vereinbaren.

2107 (226) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt  
2108 entscheiden zu  
2109 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Digitale  
2110 Plattformen, die  
2111 nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in  
2112 freien  
2113 Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide  
2114 Medienbildung von  
2115 Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake  
2116 News.

2117 (227) Voraussetzung für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die  
2118 Akzeptanz der  
2119 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und  
2120 Menschenrechte. Eine  
2121 Gesinnung, die dem oder der Einzelnen seine bzw. ihre individuellen Bedürfnisse  
2122 und  
2123 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist

2124 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer  
2125 Gleichheit.  
2126 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenschlichung sind  
2127 zentral für  
2128 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie.

2129 (228) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die  
2130 kaum Zugang zu  
2131 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben,  
2132 sind häufig  
2133 unterrepräsentiert. Eine Garantie auf ein Existenzminimum, ausreichend Zeit für  
2134 politische  
2135 Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind  
2136 notwendige  
2137 Bedingungen für Demokratie.

2138 (229) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln, wirtschaftliche  
2139 Staatsbürgerrechte sind Teil der demokratischen Rechte des Einzelnen. Die  
2140 sozial-ökologische  
2141 Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionärsbeteiligung sowie  
2142 gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften.  
2143 Im Sinne  
2144 der Gemeinwohlökonomie soll selbstverständlich sein, dass alle Stakeholder und  
2145 Betroffenen  
2146 ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.

2147 (230) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen  
2148 gefährdet  
2149 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz von beispielsweise  
2150 personellen  
2151 Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer Entscheidungsträger\*innen sowie  
2152 die  
2153 entschiedene Verfolgung von Korruption. So kann Lobbyismus von finanzstarken  
2154 Akteur\*innen,  
2155 der anderen Interessen politische Spielräume nimmt und für unfaire  
2156 Aushandlungsprozesse  
2157 sorgt, kontrollier- und sanktionierbar werden.

2158 (231) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist  
2159 eine wichtige  
2160 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung  
2161 der EU.

## 2162 **Repräsentanz und Beteiligung**

2163 (232) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich  
2164 Meinungen,  
2165 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und  
2166 gerecht  
2167 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische  
2168 Demokratie  
2169 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

2170 (233) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn  
2171 Millionen  
2172 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden, obwohl sie von Geburt an  
2173 Staatsbürger\*innen  
2174 sind. Entsprechend sollte im nächsten Schritt ein bundesweites Wahlrecht ab 16  
2175 gelten und  
2176 sollten weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausgebaut werden.

2177 (234) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat  
2178 unserer  
2179 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke  
2180 Kontrollrechte  
2181 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen  
2182 zwischen  
2183 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits  
2184 von starren  
2185 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten  
2186 zum Finden  
2187 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es  
2188 zentral, die  
2189 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu  
2190 können.

2191 (235) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die  
2192 Möglichkeit zu  
2193 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.  
2194 Demokratie  
2195 braucht Parteien. Sie sind der Ort, wo Menschen ihre politischen Haltungen,  
2196 Interessen und  
2197 Ziele organisieren und diese in die öffentliche und parlamentarische  
2198 Auseinandersetzung  
2199 tragen können. Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit, bündeln Interessen  
2200 und  
2201 Werthaltungen und treten in einen demokratischen Wettstreit zur Besetzung von  
2202 Parlaments-  
2203 und Staatsämtern.

2204 (236) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden  
2205 von  
2206 Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus. Spenden an Parteien  
2207 von  
2208 natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die  
2209 Unabhängigkeit  
2210 von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden  
2211 erlaubt  
2212 sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien  
2213 aus.

2214 (237) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative  
2215 Demokratie. Mit  
2216 Bürgerräten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die  
2217 Alltagsexpertise von Bürger\*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen  
2218 zu lassen.

2219 Zufällig ausgewählte Bürger\*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über  
2220 eine konkrete  
2221 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die  
2222 öffentliche  
2223 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt  
2224 sicherzustellen, dass die  
2225 Teilnehmer\*innen sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass  
2226 ihnen  
2227 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung  
2228 gegeben wird.  
2229 Bürgerräten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und  
2230 Gesetzgebung  
2231 zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen,  
2232 ihnen aber  
2233 nicht folgen. Bürgerräte können auf Initiative der Regierung, des Parlaments  
2234 oder als  
2235 Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das soll auch  
2236 auf  
2237 Bundesebene möglich sein.

## 2238 **Föderale Europäische Republik**

2239 (238) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern.  
2240 Daher brauchen  
2241 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge  
2242 weiterer  
2243 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger\*innen zu stärken und  
2244 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterzuentwickeln.

2245 (239) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht  
2246 einzelne  
2247 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In  
2248 ihr werden  
2249 gleiche Rechte für alle Bürger\*innen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich  
2250 garantiert,  
2251 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. So wird die  
2252 Souveränität der Bürger\*innen gestärkt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität,  
2253 wonach  
2254 Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene –  
2255 Kommune, Land,  
2256 Bund, EU – behandelt werden.

2257 (240) Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen ist das Parlament.  
2258 Es ist in  
2259 einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der  
2260 gesetzgebenden  
2261 Gewalt. Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu  
2262 bringen,  
2263 alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-  
2264 Kommission soll in  
2265 der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen

2266 Regierungssystems sein. Der  
2267 Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen  
2268 Parlament  
2269 beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug ist, um  
2270 makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die  
2271 nationalen  
2272 Haushalte zu leisten.

## 2273 **Bundesstaat**

2274 (241) Wir denken Politik von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen wir  
2275 leben, geben  
2276 Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Den Stimmen der  
2277 Regionen  
2278 wollen wir auf europäischer Ebene mehr Gewicht verleihen. Demokratische  
2279 Entscheidungen  
2280 müssen so nah wie möglich an den Bürger\*innen getroffen werden und immer dort,  
2281 wo sie am  
2282 besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf Landesebene, in  
2283 den  
2284 Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

2285 (242) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen  
2286 gestärkt werden.  
2287 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und  
2288 gleichwertiger  
2289 Versorgung führen, etwa bei gemeinsamen Gewerbe- und Baugebieten, regionaler  
2290 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei  
2291 Digitalisierung und  
2292 Mobilität.

2293 (243) Länder und Kommunen brauchen eine eigene politische Gestaltungsfähigkeit  
2294 sowie einen  
2295 größeren Handlungsspielraum, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen  
2296 Leistungen. Das  
2297 Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern führt dazu, dass eine auskömmliche  
2298 und  
2299 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert ist. Es gilt  
2300 allerdings nicht  
2301 umgekehrt, dass also Kommunen oder Länder, die Aufgaben nicht wahrnehmen, sich  
2302 an der  
2303 Aufgabenerfüllung auf anderer Ebene beteiligen müssen. Das wollen wir ändern,  
2304 dafür wollen  
2305 wir einen Altschuldenfonds einführen sowie ein Investitionsprogramm  
2306 Daseinsvorsorge  
2307 auflegen.

## 2308 **Rechtsstaat und Sicherheit**

2309 (244) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und  
2310 in Würde.

2311 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was  
2312 jemand glaubt,  
2313 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und seine Vorfahren  
2314 kommen. Freiheit  
2315 und Sicherheit bedingen sich.

2316 (245) Der Rechtsstaat ist der Garant für den Schutz der individuellen  
2317 Freiheitsrechte und  
2318 der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat bedeutet: Alle  
2319 Menschen sind  
2320 gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten. Der Rechtsstaat  
2321 schützt die  
2322 Grund- und Abwehrrechte des oder der Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen  
2323 und  
2324 exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine  
2325 unabhängige und  
2326 gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu sprechen, exekutive,  
2327 behördliche  
2328 oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu  
2329 korrigieren.  
2330 Vertrauen in den Rechtsstaat setzt Rechtsdurchsetzung voraus.

2331 (246) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem  
2332 Grundgesetz der  
2333 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes  
2334 Fundament.  
2335 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung  
2336 definiert  
2337 unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr  
2338 konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

2339 (247) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch  
2340 weiter unter  
2341 Druck gerät, muss die Vergabe von EU-Mitteln stärker an rechtsstaatliche  
2342 Prinzipien geknüpft  
2343 werden und der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht  
2344 ausgeweitet  
2345 werden. So erhalten alle EU-Bürger\*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.

2346 (248) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten,  
2347 gehört zu den  
2348 wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates. Jede\*r hat das Recht auf ein Leben frei  
2349 von Gewalt.  
2350 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet, ein Ende des  
2351 privaten  
2352 Besitzes von tödlichen Schusswaffen mit Ausnahme von Jäger\*innen und  
2353 Förster\*innen sowie  
2354 illegalen Waffenbesitz stärker zu kontrollieren und zu ahnden.

2355 (249) Rechtsextremismus und Rassismus sind die größte Gefahr für die liberale  
2356 Demokratie und  
2357 die Sicherheit in Deutschland. Rassismus, der von rechtsextremistischen  
2358 Netzwerken und

2359 Verfassungsfeinden in und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der  
2360 geistige Nährboden  
2361 für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen  
2362 muss Priorität  
2363 für alle Sicherheitsorgane haben.

2364 (250) Islamismus stellt sich gegen Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der  
2365 Staat muss  
2366 in der Lage sein, jede Form von Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu  
2367 gehören neben  
2368 sicherheitspolitischen Maßnahmen auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme  
2369 in aktiver  
2370 Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Moscheevereinen.

2371 (251) Der Schutz unserer Verfassung und der Grundwerte ist unser aller Auftrag.  
2372 Es gilt, die  
2373 Aufgaben des Verfassungsschutzes zwischen Gefahrenerkennung und Spionageabwehr  
2374 mit  
2375 nachrichtendienstlichen Mitteln einerseits und der Beobachtung von demokratie-  
2376 und  
2377 menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der  
2378 ausschließlichen  
2379 Nutzung von öffentlichen Quellen andererseits voneinander zu trennen, so dass  
2380 die  
2381 Öffentlichkeit in der Lage ist, darauf zu reagieren. Es braucht eine starke  
2382 parlamentarische  
2383 Kontrolle der Geheimdienste.

2384 (252) Polizei und Sicherheitsorgane garantieren die Sicherheit im Innern. Als  
2385 sichtbarer Arm  
2386 des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderer Weise Hüterin und  
2387 Verteidigerin  
2388 von Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie. Dafür braucht sie eine gute  
2389 Ausstattung und  
2390 ausreichend Personal – in der Stadt wie auf dem Land. Sie ist auf das Vertrauen  
2391 aller  
2392 Bürger\*innen angewiesen. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten  
2393 und  
2394 strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und geahndet werden.

2395 (253) Unser Leitbild ist das einer faktenbasierten Kriminal- und  
2396 Sicherheitspolitik, die auf  
2397 Prävention, Rechtsstaat und Information setzt. Sie koordiniert Verantwortung und  
2398 geht den  
2399 notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose  
2400 Massendatenspeicherung schränkt  
2401 individuelle Freiheitsrechte der Bürger\*innen ein.

2402 (254) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und  
2403 Justiz durch  
2404 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt und  
2405 europäische  
2406 Staatsanwaltschaften wird in der Sicherheitspolitik zunehmend europäisch

2407 koordiniert und  
2408 kooperiert. Bei der Reform der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden  
2409 werden  
2410 einheitliche Standards geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden  
2411 kann.

2412 (255) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf  
2413 nur  
2414 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung  
2415 gesellschaftlicher  
2416 Probleme aller Art. Damit das Strafrecht wirkt und Sicherheit schafft, müssen  
2417 Haftbefehle  
2418 zügig vollzogen werden. Die Justiz ist entsprechend auszustatten. Damit die  
2419 Justiz gut  
2420 funktionieren kann, muss sie in der Lage sein, sich auf das Wesentliche zu  
2421 konzentrieren.  
2422 Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem Bagatellstraftaten wie  
2423 Schwarzfahren  
2424 entkriminalisiert werden. Straf- und Asylrecht müssen klar voneinander getrennt  
2425 werden. Im  
2426 Bereich des Strafvollzugs soll Resozialisierung im Mittelpunkt stehen.

2427 (256) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische  
2428 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-  
2429 Kampagnen, den  
2430 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie  
2431 weitreichende IT-  
2432 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen  
2433 manipuliert  
2434 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden,  
2435 gesetzliche  
2436 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine  
2437 rechtsstaatliche  
2438 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

2439 (257) Die Rechtsdurchsetzung muss auch im Netz umfassend gegeben sein. Hass im  
2440 Netz trifft  
2441 gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Wenn sich Verbrechen  
2442 ins Internet  
2443 verlagern, müssen auch die Ermittlungsfähigkeiten, entsprechend der analogen  
2444 Welt, unter  
2445 Wahrung des Rechtsschutzes, auf das Netz ausgerichtet sein.

2446 (258) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder  
2447 sexualisierter  
2448 Gewalt. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche  
2449 Infrastruktur aus Beratungs- und Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen  
2450 und Mädchen  
2451 verhindern. Dazu gehört auch Prävention und Täterarbeit. Männer, insbesondere  
2452 Jungen, die  
2453 von (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene Hilfs-, Beratungs-  
2454 und  
2455 Schutzangebote.

2456 (259) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken  
2457 und für alle  
2458 zugänglichen öffentlichen Verwaltung. Für verlässliche, transparente Behörden  
2459 braucht es  
2460 eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle Ausstattung. Die  
2461 Aufgaben sind zu  
2462 bewältigen, wenn sich die Verwaltung umfassend digitalisiert und automatisiert  
2463 und  
2464 ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche Verwaltung muss auf Augenhöhe mit  
2465 finanziell  
2466 mächtigen Interessen in Konzernen und Banken agieren.

2467

2468 (260) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.  
2469 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler  
2470 rechtlicher  
2471 Gleichheit für viele Bürger\*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe,  
2472 durch Vielfalt  
2473 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu  
2474 sorgen, dass  
2475 staatliche Strukturen alle Bürger\*innen schützen und gleich behandeln.

## Text

### 2476 **Sicherheitsversprechen**

2477 (261) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales  
2478 Netz ist  
2479 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
2480 Soziale  
2481 Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht es soziale Infrastruktur, Orte des  
2482 Miteinanders  
2483 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist  
2484 Voraussetzung für  
2485 Zusammenhalt.

2486 (262) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen  
2487 Voraussetzungen  
2488 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte  
2489 ergänzt werden.

2490 (263) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union  
2491 ist eine  
2492 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Europa braucht  
2493 daher  
2494 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive  
2495 Sparpolitik.  
2496 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit auseinandergetrieben.

### 2497 **Arbeit**

2498 (264) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung.  
2499 Arbeit stiftet  
2500 Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in Vollzeit muss immer  
2501 so viel wert  
2502 sein, dass man davon auskömmlich leben kann.

2503 (265) Um ein neues Dienstleistungsprekariat zu verhindern, das Menschen ohne  
2504 soziale  
2505 Absicherung arbeiten lässt, brauchen wir ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen  
2506 faire Löhne,  
2507 ein armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher Arbeit, klare Vorgaben  
2508 zu Arbeits-  
2509 und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Das Arbeitsrecht  
2510 muss auch in  
2511 digitalen Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt  
2512 werden.

2513 (266) Die Vertretung von Arbeitnehmer\*innen-Interessen durch Gewerkschaften und  
2514 Betriebsräte

2515 gilt in allen Unternehmen und Branchen. Die Sozialpartnerschaft muss auch im  
2516 Wandel bewahrt  
2517 und ausgebaut werden. Für ihre Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit,  
2518 auch im  
2519 Erwerbsleben. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz und, wo möglich,  
2520 unbefristete  
2521 Arbeitsverträge und Tariflöhne. Wir wollen die Tarifbindung stärken und die  
2522 öffentliche Hand  
2523 soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Starke Gewerkschaften sind  
2524 dabei unsere  
2525 Partner.

2526 (267) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der  
2527 Beschäftigung und  
2528 Arbeit hervor, oftmals jenseits der Festanstellung. Um Solo-Selbstständige zu  
2529 unterstützen  
2530 und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden bzw. um prekäre  
2531 Lebensverhältnisse zu  
2532 verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden. Ihnen soll der  
2533 Eintritt in die  
2534 Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtert werden und sie sollen die  
2535 Möglichkeit haben,  
2536 sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Dabei haben die besonderen  
2537 Bedingungen des  
2538 Berufsbildes Auswirkungen sowohl auf den Anspruch wie auf die Auszahlung.

2539 (268) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das  
2540 Wirtschaften  
2541 grundlegend, und damit immer wieder auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen.  
2542 Die Hälfte  
2543 der Kinder, die in die Schule kommen, werden später in Berufen arbeiten, die es  
2544 heute noch  
2545 gar nicht gibt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken.  
2546 Welche  
2547 Tendenzen sich durchsetzen, ist eine Frage der politischen Gestaltung. Ohne  
2548 klare politische  
2549 Steuerung erleben wir neue Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung,  
2550 von  
2551 Überwachung und ständiger Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation politisch  
2552 organisiert  
2553 wird, bietet sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt,  
2554 die  
2555 Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu  
2556 erleichtern.

2557 (269) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert.  
2558 Die  
2559 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung  
2560 der  
2561 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner  
2562 agieren können.  
2563 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu  
2564 stärken.

2565 Gleichzeitig kann durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter  
2566 verteilt  
2567 werden, so dass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre  
2568 Hobbys und für  
2569 gesellschaftliches Engagement haben. In Zeiten der Erziehung, Pflege und  
2570 Weiterbildung  
2571 braucht es eine solidarische Unterstützung und Förderung.

2572 (270) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab:  
2573 Flexibilität,  
2574 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, der  
2575 solidarisch  
2576 finanziert wird. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit  
2577 verlieren, gibt es  
2578 eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf  
2579 nicht zum  
2580 Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

2581 (271) Homeoffice bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmteren  
2582 Arbeitsgestaltung. Das  
2583 Recht auf Homeoffice muss gestärkt werden und grundsätzlich einhergehen mit  
2584 einem Recht auf  
2585 einen Arbeitsort auch außerhalb der eigenen vier Wände. So wird die Gefahr einer  
2586 Doppelbelastung, insbesondere für Frauen, gebannt.

2587 (272) Unterschiedliche Menschen realisieren unterschiedliche Arbeitsformen und  
2588 Arbeitswünsche. Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und  
2589 nicht das  
2590 Leben an der Arbeit. Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr  
2591 Souveränität und  
2592 Flexibilität. Dafür ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und  
2593 zeitlicher wie  
2594 örtlicher Lage der Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche  
2595 übergreifen.  
2596 Überstunden müssen in allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

2597 (273) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen  
2598 kümmern, sind  
2599 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher  
2600 Anerkennung  
2601 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen. Ihre Leistung für  
2602 das  
2603 Gemeinwesen muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem  
2604 eine bessere  
2605 finanzielle Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die  
2606 Daseinsvorsorge.

2607 (274) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige  
2608 Säule unserer  
2609 Arbeitswelt. Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken und mehr  
2610 betriebliche  
2611 Mitbestimmung ermöglichen. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt  
2612 werden.

## 2613 **Geschlechtergleichstellung**

2614 (275) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen  
2615 den

2616 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung zu erreichen, ist das Arbeitsleben zentral.

2617 Das Prinzip

2618 der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit muss durchgesetzt werden.

2619 (276) Alleinerziehend zu sein ist oftmals trotz Arbeit ein hohes Armutsrisiko,

2620 überwiegend

2621 für Frauen. Alleinerziehende müssen besonders vom Staat abgesichert werden.

2622 (277) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche

2623 Aufteilung

2624 von Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert. Das Steuer-, das

2625 Arbeits- und das

2626 Sozialrecht müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechterneutral sein.

2627 Wir wollen es

2628 stärker an ökonomischer Unabhängigkeit ausrichten. Erwerbstätigkeit soll sich

2629 für alle

2630 gleichermaßen lohnen.

2631 (278) Nicht nur unser gesellschaftliches Zusammenleben, auch unser

2632 wirtschaftlicher

2633 Wohlstand baut auf Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von

2634 Frauen

2635 geleistet wird. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit

2636 gerecht

2637 zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung

2638 ist keine

2639 Privatsache, sondern gesellschaftliche Aufgabe.

## 2640 **Soziales Netz**

2641 (279) Soziale Leistungen erfolgen nach dem Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit. Sie

2642 orientieren

2643 sich an gruppenspezifischen – zum Beispiel geschlechterspezifischen – sowie an

2644 individuellen

2645 Bedürfnissen. Sie werden möglichst dort erbracht, wo man lebt, und

2646 berücksichtigen die

2647 konkrete Situation.

2648 (280) Die Garantiesicherung schafft neben dem Existenzminimum die Möglichkeit zu

2649 sozialer

2650 und kultureller Teilhabe. Diese Garantie soll ohne weitere Bedingungen für jeden

2651 Menschen

2652 gelten, dessen eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreicht. Eigenes

2653 Tätigwerden muss sich

2654 immer lohnen und honoriert werden.

2655 (281) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt

2656 zusammengeführt und

2657 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So

2658 schaffen wir einen  
2659 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden.

2660 (282) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als  
2661 einer  
2662 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit  
2663 innerhalb unserer  
2664 Gesellschaften zugenommen. Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und  
2665 ungleichen  
2666 Lebenschancen, die sich über Generationen vererben. Das bedeutet einen Verlust  
2667 an  
2668 Zufriedenheit, treibt die Lebenssituationen der Menschen auseinander und schadet  
2669 dem  
2670 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem soll  
2671 Ungleichheit  
2672 reduzieren. Wir streben eine gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen,  
2673 Erbschaften und  
2674 Chancen an und verbessern öffentliche Infrastrukturen, die sozialen Zusammenhalt  
2675 und  
2676 Teilhabe schaffen.

2677 (283) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führt eine ungleiche Verteilung an  
2678 Einkommen und  
2679 Vermögen, aber führen auch ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum  
2680 Bildungssystem zu ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende  
2681 und  
2682 zugängliche öffentliche Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine,  
2683 Schwimmbäder und  
2684 Bibliotheken. Kein Kind in unseren reichen Gesellschaften sollte arm oder ein  
2685 Armutrisiko  
2686 für Eltern sein. Jedes Kind ist gleich viel wert. Das sollte über eine  
2687 Kindergrundsicherung  
2688 garantiert werden.

2689 (284) Ein starkes soziales Sicherungssystem gibt es nur mit einem sozialen  
2690 Europa. Die  
2691 Währungsunion muss um einen sozialen Binnenmarkt erweitert werden, damit die  
2692 Schieflage  
2693 zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten  
2694 Arbeits- und  
2695 Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale  
2696 Standards,  
2697 wie etwa zu Mindestlohn und Grundsicherung, sowie eine europaweite  
2698 Arbeitslosenrückversicherung.

2699 (285) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in ganz  
2700 Europa  
2701 gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

## 2702 Rente

- 2703 (286) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die  
2704 Sozialversicherungen  
2705 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle  
2706 Menschen vom  
2707 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihrer  
2708 Einkommen, egal ob  
2709 Lohn oder Zins, solidarisch beteiligen.
- 2710 (287) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag  
2711 die  
2712 Altersvorsorge. Gleichzeitig stehen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung  
2713 durch die  
2714 strukturelle Alterung der Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Oberste  
2715 Priorität hat  
2716 es, Altersarmut zu verhindern und ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu  
2717 erhalten.  
2718 Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter  
2719 nicht auf  
2720 Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein.
- 2721 (288) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von  
2722 Frauen  
2723 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das  
2724 Rentenniveau  
2725 langfristig abzusichern.
- 2726 (289) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente  
2727 sinnvoll  
2728 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig  
2729 öffentlich  
2730 organisiert und verwaltet werden. Jede\*r, die und der nicht widerspricht, soll  
2731 sich daran  
2732 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger\*innen erzielt.

## A9NEU Kapitel 7: In Bildung investieren

Antragsteller\*innen:

### Text

#### 2733 **Recht auf Bildung**

2734 (290) Bildung ermöglicht es Menschen, ihr Leben eigenverantwortlich und  
2735 selbstbestimmt  
2736 gestalten zu können. Bildung befähigt Menschen dazu, ihre Potentiale und  
2737 Interessen zu  
2738 entwickeln und offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu werden. Das Recht  
2739 auf Bildung  
2740 ist ein Recht auf Selbstbestimmung und Mündigkeit.

2741 (291) Das Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen – Kooperation,  
2742 Kommunikation,  
2743 Kreativität und kritisches Denken. Und es muss Freiheit lassen für neue Ideen  
2744 und  
2745 Lernerfahrungen aller Beteiligten. Ein gleichberechtigter Zugang zu  
2746 demokratischer Bildung  
2747 ist Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Das Bildungssystem muss  
2748 Kinder und  
2749 Jugendliche auf eine Zukunft vorbereiten, die von Unwägbarkeiten, Klimakrise,  
2750 digitalem  
2751 Wandel und sozialen Veränderungen geprägt sein wird.

2752 (292) Das Bildungssystem soll zu nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem  
2753 Entscheiden  
2754 befähigen und Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft  
2755 ermöglichen. Es ist  
2756 damit die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt  
2757 auch,  
2758 gesellschaftliche und technologische Entwicklungen einordnen zu können, um nicht  
2759 Fake News  
2760 oder Verschwörungsideologien zu erliegen. Kitas und Schulen sollen Orte sein, an  
2761 denen  
2762 Kinder und Jugendliche demokratisches Zusammenleben praktisch erleben und  
2763 mitbestimmen  
2764 können. Rollenbilder und Geschlechternormen müssen in allen  
2765 Bildungseinrichtungen  
2766 reflektiert und daher auch in der Ausbildung pädagogischer Berufe thematisiert  
2767 und kritisch  
2768 hinterfragt werden.

2769 (293) Es ist staatliche Aufgabe, ungleiche Startbedingungen durch soziale  
2770 Benachteiligungen,  
2771 das Wohn- und Lebensumfeld, Diskriminierung oder Sprachvoraussetzungen  
2772 auszugleichen. Denn  
2773 höhere Bildungsabschlüsse ziehen häufig höhere Einkommen, Anerkennung und  
2774 Repräsentation

2775 nach sich. Das Einkommen oder der Bildungsgrad der Eltern darf nicht über die  
2776 Zukunft von  
2777 Kindern entscheiden. Benachteiligende Strukturen in der Gesellschaft sollen im  
2778 Bildungssystem abgebaut und die Gleichbehandlung aller soll sichergestellt  
2779 werden.

2780 (294) Bildung ist die wichtigste Grundlage für gute Entwicklungschancen im Leben  
2781 und trägt  
2782 dazu bei, dass Menschen in der modernen Arbeitswelt ihren Platz finden. Ein  
2783 starkes  
2784 Bildungssystem ist zugleich zentral für die wirtschaftliche Zukunft unseres  
2785 Landes.

## 2786 **Kita und Schule**

2787 (295) Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine  
2788 qualitativ  
2789 hochwertige frühkindliche Bildung sowie Betreuung und Förderung in der  
2790 Ganztagschule  
2791 ausgeglichen. Das stellt neue Anforderungen an Erzieher\*innen und Lehrkräfte,  
2792 weswegen es  
2793 überall im Land gute Personalschlüssel und verbindliche Qualitätsstandards  
2794 braucht. Um den  
2795 unterschiedlichen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden, arbeiten in  
2796 Ganztagschulen  
2797 Menschen unterschiedlicher Qualifikationen in Teams. Um der Individualität von  
2798 Kindern  
2799 gerecht zu werden, sind Klassengrößen auf unter 20 Kinder zu reduzieren.

2800 (296) Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Deshalb muss Bildung  
2801 besser  
2802 finanziert werden, damit Schulen für alle Kinder Orte der  
2803 Persönlichkeitsentwicklung werden  
2804 und das Zusammenleben zwischen den Schüler\*innen stärken. Die Finanzierung des  
2805 Bildungssystems ist eine zentrale Aufgabe für eine zukunftsgerichtete Gesellschaft  
2806 und  
2807 Voraussetzung für Gerechtigkeit. Denn Vermögen und Bildungszugang hängen immer  
2808 noch  
2809 besonders stark zusammen. Bund und Länder sollen deshalb die höhere Besteuerung  
2810 von Vermögen  
2811 bzw. Erbschaften zur besseren Ausstattung eines Bildungssystems nutzen, das  
2812 allen Kindern  
2813 und Jugendlichen die gleichen Chancen bietet.

2814 (297) Die Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen soll nicht nur Wissen  
2815 vermitteln, sondern  
2816 soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung  
2817 zwischen  
2818 Lernen, Erfahren und Spielen gewährleisten. So können gezielt soziale und  
2819 kulturelle  
2820 Benachteiligungen überwunden werden. Die individuelle Förderung der Kinder je  
2821 nach

2822 Potentialen ist entscheidend. Auf Ganztagsbetreuung soll es einen Rechtsanspruch  
2823 geben.

2824 (298) Die Lernmittel an Schulen sollen frei sein, einschließlich digitaler  
2825 Endgeräte.

2826 (299) Kinder mit Behinderung sollen gemeinsam mit nichtbehinderten lernen und am  
2827 schulischen  
2828 Leben teilnehmen können. Um Schulen inklusiv zu gestalten und den Kindern mit  
2829 Behinderung  
2830 gerecht zu werden, braucht es mehr Personal, kleinere Klassen und inklusive  
2831 pädagogische  
2832 Konzepte.

2833 (300) Gute Schulen brauchen Freiraum und gut ausgebildete Lehrkräfte, die den  
2834 Unterricht so  
2835 gestalten, dass er den natürlichen Wissensdurst junger Menschen fördert, sowie  
2836 Personal, das  
2837 eine ganzheitliche Entwicklung stärkt. Offene und durchlässige Strukturen im  
2838 Unterricht und  
2839 in der Schule helfen, Potentiale zu entfalten und unterschiedliche Stärken zu  
2840 entwickeln.

2841 (301) Die technische Ausstattung der Kitas und Schulen auf dem gleichen Niveau  
2842 wie in der  
2843 digitalen Wirklichkeit außerhalb der Bildungsstätten ist notwendig und  
2844 dringliche Aufgabe  
2845 der öffentlichen Hand. Die Digitalisierung ist nichts, wovor man Kinder schützen  
2846 muss.  
2847 Stattdessen sollen sie befähigt werden, die technischen Möglichkeiten  
2848 altersgerecht zu  
2849 nutzen. Lehrer\*innen sollen dafür aus- und fortgebildet werden. Die  
2850 Digitalisierung  
2851 verändert die Form des Lernens und des Unterrichts. Das muss sich auch in der  
2852 Pädagogik  
2853 widerspiegeln. Neben der digitalen Kompetenz braucht es auch eine Werte- und  
2854 Normen-  
2855 Reflexion der technisch-digitalen Entwicklung. Digitale Kompetenzen sind dabei  
2856 eine  
2857 Querschnittsaufgabe für alle Unterrichtsfächer.

2858 (302) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzte Menschen benötigen  
2859 in der  
2860 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen  
2861 Welt ist zu  
2862 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu  
2863 gewährleisten.

2864 (303) Das deutsche Bildungssystem braucht eine deutlich bessere  
2865 Mittelausstattung für mehr  
2866 Personal, Infrastruktur und Gebäude. Vor allem für den Kita- und Primarbereich  
2867 müssen die  
2868 Ausgaben gesteigert werden, denn hier werden die Weichen für den Bildungserfolg  
2869 gestellt.

2870 (304) Der Bildungsföderalismus schützt die Demokratie vor Manipulation und  
2871 sichert regionale  
2872 Vielfalt. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass nötige Investitionen in  
2873 Digitalisierung,  
2874 Ganztage- oder Inklusionsmaßnahmen unterbleiben. Das können die Länder nicht allein leisten,  
2875 sondern es  
2876 ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Kooperationsverbot in seiner bestehenden  
2877 Form muss  
2878 entsprechend aufgehoben werden.

## 2879 **Lebenslanges Lernen**

2880 (305) Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Die staatliche Verantwortung beginnt  
2881 mit der  
2882 Kita und der Schule und erstreckt sich über das Recht auf Weiterbildung und die  
2883 Erwachsenenbildung. Bildung muss stärker als jemals zuvor in jedem Alter  
2884 selbstverständlicher Teil des Lebens werden. Weiterbildung ist eine  
2885 gesamtgesellschaftliche  
2886 Aufgabe, damit gesellschaftliche Teilhabe in der Wissensökonomie gesichert wird.

2887 (306) Kein Bildungsschritt soll ohne Abschluss bleiben. Jeder Mensch soll die  
2888 Möglichkeit  
2889 haben, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schulabschlüsse, Berufsausbildungen  
2890 oder  
2891 Teilqualifizierungen (nachträglich) zu erwerben. Der garantierte und  
2892 niedrigschwellige  
2893 Zugang zur Erwachsenenbildung in Form des „Zweiten Bildungswegs“ fördert die  
2894 soziale  
2895 Mobilität innerhalb der Gesellschaft und ist unerlässlich für das Ziel gleicher  
2896 Bildungs-  
2897 und Lebenschancen. Direkt nach der Schule muss der Weg für jede\*n Jugendlichen  
2898 in eine  
2899 anerkannte Berufsausbildung, die angemessen bezahlt ist, offen sein.

2900 (307) Auch in Deutschland gibt es funktionalen Analphabetismus in einem nicht  
2901 unerheblichen  
2902 Ausmaß. Dieser muss durch spezielle Angebote und Förderungen besiegt werden.

2903 (308) Der Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der Medienkompetenz und der  
2904 digitalen  
2905 Mündigkeit. Gezielt sollen auch ältere Menschen angesprochen werden, damit sie  
2906 die  
2907 Möglichkeiten der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher nutzen können.

2908 (309) Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen sollen zu  
2909 Bildungsknotenpunkten der  
2910 Erwachsenenbildung werden.

2911 (310) Viele Menschen lernen in unterschiedlichsten Vereinen, Jugendverbänden und  
2912 Bildungsstätten sich einzubringen und mitzubestimmen. Auch diese außerschulische  
2913 und  
2914 nonformale Bildung muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten.

2915 (311) Bildungswege sind heutzutage dauerhaft, berufsbegleitend und mit Wechseln  
2916 verbunden.  
2917 Leistungen wie BAföG müssen dieser Realität angepasst werden. Auf einem  
2918 Arbeitsmarkt mit  
2919 sich schnell wandelnden Anforderungen sind sowohl die Arbeitgeber\*innen als auch  
2920 die  
2921 öffentliche Hand gefordert, durch vergütete Aus- und Weiterbildung, Bildungsgeld  
2922 und  
2923 Bildungsurlaub Chancengleichheit herzustellen. Niemandem dürfen aufgrund  
2924 prekärer  
2925 Beschäftigung die Möglichkeiten essenzieller Qualifikation verwehrt sein.

2926 (312) Bildungszugänge sind stark durch die Eigenheiten der Stadtteile oder durch  
2927 Stadt-Land-  
2928 Gegensätze geprägt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern  
2929 bedeutet, es auch  
2930 Kindern im ländlichen Raum zu ermöglichen, mit akzeptablen Schulwegen eine  
2931 hochwertige  
2932 Bildung zu erreichen. Kreative Konzepte wie mobile Bibliotheken und Labore  
2933 schaffen nicht  
2934 nur für Erwachsene Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in  
2935 strukturschwachen Räumen,  
2936 sondern sie ermöglichen auch den Erhalt von kleinen Schulen durch Vernetzung.  
2937 Diese müssen  
2938 ebenso gefördert werden wie der Schüler\*innen-Transport. Das gehört zur  
2939 staatlichen  
2940 Daseinsvorsorge.

## Text

### 2941 **Frieden und internationale Ordnung**

2942 (313) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur  
2943 global lösen.

2944 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler  
2945 Kooperation.

2946 (314) Eine an Frieden, Solidarität und globaler Gerechtigkeit orientierte  
2947 Politik braucht

2948 Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts  
2949 in den

2950 internationalen Beziehungen glauben. Multilaterale Zusammenarbeit in den  
2951 internationalen

2952 Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

2953 (315) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung  
2954 globaler

2955 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte der oder des  
2956 Einzelnen schützt,

2957 Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit löst.

2958 (316) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte  
2959 Nationen mit dem

2960 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das legitime Forum, um  
2961 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele

2962 zu

2963 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

2964 (317) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische  
2965 Union als

2966 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt im Rahmen der Vereinten  
2967 Nationen

2968 bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser  
2969 Verantwortung kann

2970 die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und  
2971 gemeinsam handelt.

2972 Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige

2973 Vertiefung und

2974 Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen  
2975 Republik.

### 2976 **Europäische Union**

2977 (318) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische  
2978 Souveränität

2979 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union

2980 auf eine  
2981 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das  
2982 Projekt EU immer  
2983 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren unabgesprochen und oft auch  
2984 unsolidarisch.  
2985 Gerade in Krisen aber lernen wir, dass Europa als Gemeinschaft stärker ist.  
2986 Gerade in Krisen  
2987 wird klar, dass die Europäische Union mehr ist als ihr Binnenmarkt und dass sie  
2988 als  
2989 politisches Projekt weiterentwickelt werden muss.

2990 (319) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der  
2991 Europäischen  
2992 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung,  
2993 die  
2994 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

2995 (320) Freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit sind Meilensteine der  
2996 europäischen  
2997 Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

2998 (321) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames  
2999 strategisches  
3000 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht.  
3001 Indem die EU  
3002 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen  
3003 und den  
3004 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an  
3005 Menschenrechten und  
3006 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

3007 (322) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt ist die EU wirtschaftlich gesehen ein  
3008 Riese. Es  
3009 ist unsere Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und  
3010 Gemeinwohl  
3011 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert,  
3012 statt sie zu  
3013 verstärken. Wer ökologisch, sozial und menschenrechtskonform produziert, soll  
3014 davon einen  
3015 Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

3016 (323) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche  
3017 Brille  
3018 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen  
3019 paneuropäischen Diskurs durch eine europäische Öffentlichkeit. Dafür sind  
3020 nichtkommerzielle  
3021 und europäisch geförderte Kommunikations- und Begegnungsräume für alle  
3022 Europäer\*innen  
3023 notwendig – digital, über die klassischen Medien und im direkten Austausch  
3024 miteinander.

3025 (324) Die Europäische Union wächst mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn nicht  
3026 alle  
3027 europäischen Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Doch die europäische

3028 Einigung  
3029 und die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für  
3030 kollektives  
3031 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte  
3032 eher gehen als  
3033 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer  
3034 sicherzustellen, dass das  
3035 europäische Projekt als Ganzes nicht gefährdet wird und alle Mitgliedstaaten  
3036 sich jederzeit  
3037 anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien  
3038 auch gegen die  
3039 nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische  
3040 Einigungswerk  
3041 fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

3042 (325) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte  
3043 und daraus  
3044 abgeleiteter Interessen die Regeln des internationalen Umfelds mitgestalten.  
3045 Eine geeinte  
3046 Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt behaupten und  
3047 demokratische  
3048 Gestaltungskraft entfalten. Die Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und  
3049 die globalen  
3050 Nachhaltigkeitsziele.

3051 (326) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik  
3052 entscheidend  
3053 mitzugestalten. Dabei gilt es, eine gemeinsame außenpolitische Strategie  
3054 gegenüber  
3055 nationalen Einzelinteressen der Mitgliedstaaten zu fördern. Das Prinzip der  
3056 Einstimmigkeit  
3057 soll durch Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich ersetzt werden, um die  
3058 gemeinsame  
3059 Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so  
3060 handlungsfähiger zu  
3061 werden.

3062 (327) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen  
3063 Verpflichtungen im  
3064 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der  
3065 politischen  
3066 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen  
3067 und  
3068 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern  
3069 mitzugestalten.  
3070 Partnerschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionen vor Europas  
3071 Haustür  
3072 tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU wie  
3073 auch die  
3074 Kooperationen mit Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten stärken  
3075 Demokratisierung,  
3076 Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftliche Entwicklung. Sie sollen  
3077 ausgebaut

3078 werden. Die gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind  
3079 im  
3080 Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union wichtige Säulen einer  
3081 multilateralen  
3082 Weltordnung.

### 3083 Bündnispolitik

3084 (328) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der  
3085 internationalen  
3086 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von  
3087 Deutschland und  
3088 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu  
3089 verstärken und  
3090 die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent in nationale und  
3091 europäische  
3092 Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform durch Stärkung. Das  
3093 ist gerade  
3094 wichtig in Zeiten, in denen nationale Egoismen zunehmen und wichtige  
3095 Entscheidungen  
3096 blockiert werden.

3097 (329) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die  
3098 Realitäten  
3099 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und  
3100 finanzielle  
3101 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der  
3102 Regionen und  
3103 Beitragsleister im Sicherheitsrat.

3104 (330) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN  
3105 und als  
3106 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre  
3107 Aufgabe  
3108 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat  
3109 ausführen. Dafür  
3110 sind deutlich höhere zweckgebundene Beiträge an die WHO notwendig.

3111 (331) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft  
3112 blockiert  
3113 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der  
3114 internationalen  
3115 Ordnung Vorreiter.

3116 (332) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen  
3117 informelle Formate  
3118 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die  
3119 nicht an ihnen  
3120 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die  
3121 internationale  
3122 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen.  
3123 Sie müssen

3124 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den  
3125 Sozial- und  
3126 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

3127 (333) Neben der staatlichen Zusammenarbeit unterstützen wir Bündnisse mit und  
3128 zwischen  
3129 Städten und Regionen, Wirtschaftsakteur\*innen sowie Zivilgesellschaften.  
3130 Nichtstaatliche  
3131 Akteure gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und  
3132 multilateraler Ebene  
3133 einbezogen und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der  
3134 globalen  
3135 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue  
3136 Bündnispartner\*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung  
3137 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales  
3138 Vorgehen gibt, kann  
3139 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und  
3140 Migrationspolitik  
3141 vorangegangen werden.

3142 (334) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler  
3143 Wirtschaftskreisläufe  
3144 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisation auf kommunaler und  
3145 regionaler  
3146 Ebene.

3147 (335) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist  
3148 für viele  
3149 Menschen wesentlich. Statt immer öfter in regionale Nationalismen,  
3150 Unabhängigkeitsbestrebungen oder gewaltsame Konflikte zu verfallen, brauchen wir  
3151 eine  
3152 Politik für nationale Minderheiten, die Beteiligungsrechte und kulturelle  
3153 Partizipation  
3154 sichert.

## 3155 **Globale Sicherheit**

3156 (336) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt  
3157 Sicherheit nicht von  
3158 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile  
3159 Krisenprävention,  
3160 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, eine gewaltfreie  
3161 Regelung von  
3162 Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung  
3163 und die  
3164 Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer nachhaltigen  
3165 Sicherheitspolitik.

3166 (337) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn  
3167 beides schon  
3168 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der

3169 Vorsorge

3170 viel Leid verhindern.

3171 (338) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden.

3172 Dazu bedarf

3173 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung und

3174 eines

3175 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Medizin, Praxis und

3176 Politik. Zivile

3177 Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem

3178 Einsatz

3179 militärischer Gewalt. Wo sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf

3180 an,

3181 präventiv zu handeln.

3182 (339) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft.

3183 VN-geführte

3184 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und

3185 als solche

3186 trotz aller Defizite zu stärken.

3187 (340) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und

3188 das breite

3189 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile

3190 Krisenprävention,

3191 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige

3192 Kultur- und

3193 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeixperten,

3194 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die

3195 Stärken der

3196 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss institutionell, personell

3197 und

3198 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

3199 (341) Maßgabe einer starken Außenpolitik und Grundlage für Sicherheit ist die

3200 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der internationalen

3201 Politik. Es

3202 gilt, in jedweder Art diplomatischer Verhandlungen oder bei der Zusammensetzung

3203 sicherheits-

3204 und außenpolitischer Gremien im Sinne einer feministischen Außenpolitik Frauen

3205 gleichberechtigt zu beteiligen. Frauen sind in besonderem Maße von Kriegen und

3206 gewaltsamen

3207 Konflikten betroffen. Für den Frieden einzustehen heißt also auch, für den

3208 Schutz der

3209 Menschenrechte von Frauen Sorge zu tragen. Frauen spielen eine wichtige Rolle in

3210 Versöhnungs- und Friedensprozessen. Ihr Ausschluss ist nicht nur eine

3211 frauenspezifische

3212 Diskriminierung, die über den Friedensschluss hinauswirkt, sondern er verhindert

3213 stabilen

3214 Frieden.

3215 (342) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher

3216 ein

3217 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.  
3218 Dafür ist  
3219 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima-  
3220 und  
3221 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den  
3222 Folgen der  
3223 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und  
3224 Überschwemmungen  
3225 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

3226 (343) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und  
3227 bleiben  
3228 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle  
3229 bringen am Ende  
3230 global mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung  
3231 und zum  
3232 Verbot von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen  
3233 Massenvernichtungswaffen.  
3234 Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch  
3235 ist nichts  
3236 Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.

3237 (344) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,  
3238 menschenrechtsverachtende Regime  
3239 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive  
3240 europäische  
3241 Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-  
3242 Leitlinien für  
3243 Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische  
3244 Rüstungsexportkriterien verstoßen, haben in Zukunft mit Sanktionen zu rechnen.

3245 (345) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung durch den Menschen  
3246 bei Auswahl  
3247 und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung  
3248 dar. Es ist von  
3249 entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden, autonome Waffentechnologien  
3250 international zu  
3251 ächten und zu verbieten. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern,  
3252 brauchen wir  
3253 hohe Sicherheitsstandards und einen internationalen Verhaltenskodex.

3254 (346) Europa muss sich gegen Angriffe auf seine kritische Infrastruktur  
3255 schützen. Um  
3256 Angriffe über und auf das Internet zu verhindern, braucht es mehr eigene  
3257 Anstrengung zur  
3258 Sicherung der Infrastruktur und ein internationales Vertragswerk.

3259 (347) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit  
3260 sich. Wir  
3261 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid  
3262 führen kann.  
3263 Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist das erweiterte  
3264 VN-Konzept der

3265 Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das uns als  
3266 internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten  
3267 Menschenrechtsverletzungen  
3268 und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

3269 (348) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte  
3270 Parlamentsarmee.  
3271 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat\*innen  
3272 sowie die  
3273 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten.  
3274 Der Auftrag  
3275 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen  
3276 für  
3277 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner  
3278 verlassen  
3279 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen.  
3280 Direkte  
3281 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der  
3282 NATO.

3283 (349) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger\*innen in  
3284 Uniform“ binden  
3285 die Soldat\*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.  
3286 Eine  
3287 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Diversität  
3288 der  
3289 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher  
3290 sozialer  
3291 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von  
3292 Frauen, die in der  
3293 Bundeswehr beschäftigt sind. Nicht zuletzt durch die schrecklichen Erfahrungen  
3294 der deutschen  
3295 Geschichte darf für Rechtsextremismus in der Bundeswehr kein Platz gelassen  
3296 werden.

3297 (350) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel.  
3298 Bewaffnete  
3299 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger  
3300 kollektiver  
3301 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz  
3302 und dem  
3303 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo  
3304 staatliche  
3305 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das  
3306 Vetorecht im  
3307 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die  
3308 Menschlichkeit zu decken,  
3309 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso  
3310 Menschenrechte und  
3311 Völkerrecht schädigt wie Handeln.

3312 (351) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss Europa seiner  
3313 Verantwortung für die

3314 eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame europäische  
3315 Sicherheits-  
3316 und Verteidigungspolitik setzt eine gemeinsame europäische Außenpolitik voraus.  
3317 Wir wollen  
3318 an einer Sicherheitsunion arbeiten, die parlamentarisch kontrolliert ist.  
3319 Anstatt immer mehr  
3320 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die  
3321 verstärkte  
3322 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten  
3323 sollten  
3324 gebündelt werden. Sie brauchen dafür eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von  
3325 EU-Einheiten  
3326 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.

3327 (352) Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss strategisch,  
3328 vorausschauend, umfassend  
3329 und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame  
3330 Analysefähigkeit sowie eine  
3331 Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für Schritt sollen immer  
3332 mehr  
3333 Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden  
3334 können.

3335 (353) Die NATO ist ein unverzichtbarer und Renationalisierung entgegenwirkender  
3336 Bestandteil  
3337 der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen.  
3338 Sie leidet  
3339 unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und  
3340 einer  
3341 unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung.  
3342 Mit einer  
3343 stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und  
3344 mit  
3345 Großbritannien können europäische strategische Interessen, gerade auch in der  
3346 NATO,  
3347 geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.

3348 (354) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in  
3349 der EU. Wir  
3350 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des  
3351 OSZE-Raums. Die  
3352 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in  
3353 ganz Europa  
3354 voranzubringen.

## 3355 Globale Strukturpolitik

3356 (355) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche  
3357 der Politik,  
3358 egal ob Umwelt-, Agrar-, Bildungs- oder Rechtspolitik, sogar und immer mehr auch  
3359 die  
3360 Innenpolitik der einzelnen Staaten. Für eine gerechte Globalisierung braucht es

3361 deshalb eine  
3362 globale Strukturpolitik, die sich von einer „Politik nach außen“ löst und einen  
3363 abgestimmten  
3364 Ansatz verfolgt. Es ist an der Zeit, das Regieren und die Regierungsstrukturen  
3365 ins 21.  
3366 Jahrhundert zu führen. Das heißt auch, den Tunnelblick auf das eigene Ressort zu  
3367 beenden und  
3368 innere Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle  
3369 politischen  
3370 Entscheidungen müssen einem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

3371 (356) Menschenrechte, die Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17  
3372 Zielen für  
3373 eine nachhaltige Entwicklung sind der Handlungsrahmen für eine globale  
3374 Strukturpolitik. So  
3375 wurden in der Vergangenheit unter anderem bereits große Erfolge bei der  
3376 Bekämpfung von Armut  
3377 und Hunger sowie dem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erreicht. Mit  
3378 unseren  
3379 Partner\*innen gestalten wir zusammen weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im  
3380 Einklang mit  
3381 Krisenfestigkeit, sozialer Gerechtigkeit und innerhalb der planetaren Grenzen.  
3382 Um die  
3383 globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben  
3384 möglichst krisenfest  
3385 zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

3386 (357) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in  
3387 ärmeren Regionen  
3388 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen  
3389 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen.  
3390 Internationale  
3391 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem  
3392 Partnerschaftsprinzip  
3393 bei globalen Herausforderungen.

3394 (358) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden  
3395 durch ein  
3396 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des  
3397 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.  
3398 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts-  
3399 und  
3400 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu  
3401 unterlassen.

3402 (359) Es braucht öffentliche Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört wirksam  
3403 ausgeweitet und  
3404 verbessert. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten und die  
3405 Förderung der  
3406 Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der internationalen  
3407 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei  
3408 der  
3409 Anpassung und Bewältigung der Schäden durch die Klimakrise in der Verantwortung.

3410 (360) Als weltweit größter Geber hat die EU ein großes Potential für mehr  
3411 Kohärenz und  
3412 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine  
3413 europäische  
3414 Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten.  
3415 Eine gemeinsame  
3416 europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen  
3417 europäischen  
3418 Handelns werden.

3419 (361) Die feministische Perspektive ist auch in der gemeinsamen Außen- und  
3420 Sicherheitspolitik der EU sowie in der internationalen Handelspolitik zu  
3421 verankern und  
3422 anzuwenden. Jede Planung und Durchführung von Projekten, etwa der  
3423 Entwicklungszusammenarbeit, ist darauf auszurichten, Geschlechtergerechtigkeit  
3424 zu fördern  
3425 und die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, ökonomischen und politischen  
3426 Ressourcen zu  
3427 verwirklichen.

3428 (362) Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale  
3429 Ungleichheit  
3430 zu bekämpfen. Sie fördert Transparenz, liefert wichtige Fakten und Impulse und  
3431 bereichert  
3432 öffentliche Debatten. Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive  
3433 Zivilgesellschaft angewiesen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer  
3434 kritischen  
3435 Zivilgesellschaft global zu verteidigen.

## 3436 **Handel**

3437 (363) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe  
3438 an Gütern  
3439 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist dabei kein  
3440 Selbstzweck, sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen  
3441 Entfaltung.  
3442 Er soll fair gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur  
3443 Umsetzung der UN-  
3444 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu  
3445 konterkarieren.

3446 (364) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten  
3447 WTO soll für  
3448 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche  
3449 bilaterale  
3450 Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und  
3451 demokratisch  
3452 zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

3453 (365) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt- und  
3454 Klimaschutz, die  
3455 Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von

3456 Arbeitnehmer\*innen-  
3457 Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit  
3458 durchzusetzen.  
3459 Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung,  
3460 Gesundheit  
3461 oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und unterliegen einem öffentlichen  
3462 Interesse.  
3463 Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen.

3464 (366) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit  
3465 überlebensnotwendigen  
3466 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen  
3467 globalen  
3468 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt  
3469 produziert  
3470 werden können.

3471 (367) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe  
3472 beachten und  
3473 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern,  
3474 wie zum  
3475 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

3476 (368) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und  
3477 in der  
3478 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit  
3479 öffentlichen  
3480 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen  
3481 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

3482 (369) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu  
3483 stärken. Sie  
3484 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und  
3485 welche sie  
3486 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher  
3487 ökologischer  
3488 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen. Denn formal  
3489 gleiche  
3490 Rechte bei ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten  
3491 Ergebnissen.

3492 (370) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt  
3493 müssen frei  
3494 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit.  
3495 Dafür soll  
3496 Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und  
3497 ist über  
3498 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und gesetzliche  
3499 Verpflichtungen,  
3500 herzustellen.

## 3501 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

3502 (371) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts  
3503 eine schwere  
3504 Wirtschaftskrise ausgelöst und in Schwellenländern immer wieder zu schweren  
3505 Verwerfungen  
3506 geführt. Kurzfristige, spekulative Finanzströme sollen daher reguliert,  
3507 verteuert und  
3508 notfalls verboten werden. Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten  
3509 Spekulationen soll  
3510 künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und  
3511 internationale  
3512 Steuerhinterziehung muss bekämpft werden.

3513 (372) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite  
3514 Entwicklung und  
3515 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte  
3516 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern, nicht nur den wohlhabenden, eine  
3517 langfristige  
3518 und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung  
3519 von  
3520 kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von  
3521 Wechselkursen.

3522 (373) Nur globale öffentliche Institutionen können uns gegen spekulative  
3523 Attacken auf  
3524 Staaten und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine  
3525 weltweite  
3526 Kooperation der Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des IWF.  
3527 So soll  
3528 Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein stabiler Rahmen gesetzt  
3529 und Krisen  
3530 sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank steht schon jetzt in  
3531 der  
3532 Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am wenigsten  
3533 entwickelte  
3534 Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und abzusichern.  
3535 So hilft  
3536 europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern zu  
3537 vermeiden und deren  
3538 Entwicklung zu fördern.

3539 (374) Überschuldung schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst  
3540 auch die  
3541 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung,  
3542 Bildung und  
3543 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss  
3544 regelbasierte  
3545 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch  
3546 Schuldenerlasse,  
3547 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

3548 (375) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der  
3549 Euro soll  
3550 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame  
3551 Fiskalpolitik  
3552 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen,  
3553 abgesichert mit  
3554 eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene  
3555 europäische  
3556 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

## 3557 Migration und Flucht

3558 (376) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für  
3559 Entwicklung und  
3560 globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Innovation. Der Globale Pakt für  
3561 Migration stärkt  
3562 und sichert die Rechte und die Freiheit von Menschen, die in anderen Ländern  
3563 leben, arbeiten  
3564 oder zur Schule gehen. Er ist Grundlage für die internationale Verständigung zum  
3565 rechtsbasierten Umgang mit Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt  
3566 werden. Seine  
3567 Prinzipien müssen national verbindlich umgesetzt werden.

3568 (377) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein  
3569 Einwanderungsland. Deshalb  
3570 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien für legale Einwanderung.  
3571 Das  
3572 schließt mit ein, dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem  
3573 Herkunftsland und  
3574 dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen schnell  
3575 den Zugang  
3576 zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes  
3577 Staatsbürgerschaftsrecht.

3578 (378) Flucht ist, wenn Menschen aufgrund von politischer Verfolgung, Folter,  
3579 massiven  
3580 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.  
3581 Das  
3582 international verankerte Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen, beruht  
3583 auf den  
3584 Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die völkerrechtlich  
3585 verbindlichen Regeln,  
3586 insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten uneingeschränkt. Das  
3587 individuelle  
3588 Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik  
3589 und muss  
3590 unangetastet bleiben.

3591 (379) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch  
3592 klimabedingte  
3593 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss  
3594 sein, durch

3595 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen  
3596 ihre Heimat  
3597 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre  
3598 Heimat  
3599 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in  
3600 eine  
3601 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen  
3602 Schutzstatus.

3603 (380) Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebelage, fortdauernde Unsicherheit  
3604 und  
3605 Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss wieder zur Ausnahme  
3606 werden. Menschen,  
3607 die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen in Kriegs- und  
3608 Krisengebiete verbieten sich.

3609 (381) Ordnung braucht Humanität. Humanität braucht Ordnung. Rechtsstaatliche und  
3610 geordnete  
3611 Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der menschenrechtlichen Verantwortung der  
3612 EU. Der  
3613 sichere und geordnete Zugang zu einer menschenwürdigen Erstversorgung sowie zu  
3614 fairen, nach  
3615 völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa ist zu  
3616 gewährleisten.  
3617 Dafür braucht es kontrollierte EU-Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung  
3618 –  
3619 perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie schnelle,  
3620 rechtsstaatliche  
3621 Verfahren und ein einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung  
3622 innerhalb der  
3623 EU fair verteilt.

3624 (382) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der  
3625 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit  
3626 Nachbarstaaten und  
3627 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Besonderen Schutz brauchen vulnerable  
3628 Gruppen wie zum  
3629 Beispiel LGBTIQ, Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen.

3630 (383) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht  
3631 die Menschen  
3632 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar-  
3633 oder  
3634 Rüstungsexportpolitik müssen konsequent auf ihre soziale und wirtschaftliche  
3635 Wirkungen in  
3636 Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den  
3637 Nachhaltigkeitszielen  
3638 der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.